

8. Sitzung

Mittwoch, 6. Juli 2016

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 7. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
 - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15 Abs 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung (Nr. 393 der Beilagen)
 - 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird (Nr. 394 der Beilagen)
 - 3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Personalvertretungsgesetz geändert wird (Nr. 414 der Beilagen)
 - 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der G-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 432 der Beilagen)
 - 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der L-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 433 der Beilagen)
 - 3.2 Anträge
 - 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Riezler-Kainzner betreffend die Neuregelung der Finanzierung des Bereichs Inklusion für Menschen mit Behinderung, um ein Chancengleichheitsgesetz umsetzen zu können (Nr. 415 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
 - 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Bürokratieabbau in der Landesverwaltung (Nr. 416 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
 - 3.2.3 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Fuchs, Obermoser und Scheinast betreffend die Ausnahme von gewerblichen Photovoltaikanlagen aus der Genehmigungspflicht (Nr. 417 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

- 3.2.4 Antrag der Abg. Mag. Mayer und Scheinast betreffend Vergabemodalitäten bei Mietwohnungen
(Nr. 418 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli und Bartel betreffend eine Änderung des Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetzes 1986
(Nr. 419 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 3.2.6 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend Planungssicherheit für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen im Tourismus
(Nr. 420 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Obermoser)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Neuhofer betreffend steuerliche Begünstigungen für Elektroautos
(Nr. 421 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 3.2.8 Antrag der Abg. Mag. Mete BA MA und Klubvorsitzender Steidl betreffend Einführung einer parlamentarischen Bürgerinitiative im Salzburger Landtag
(Nr. 422 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Mag. Mete BA MA, Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzender Steidl betreffend Gewerbeberechtigungen für Vermittler von Wettkunden
(Nr. 423 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Mag. Mete BA MA, Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzender Steidl betreffend das Wettwesen
(Nr. 424 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Prüfkompetenz der Volksanwaltschaft
(Nr. 425 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 3.2.12 Antrag der Abg. Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Riezler-Kainzner betreffend Förderung von Klein- und Mittelbetrieben für die gleiche Förderung von Männern und Frauen für Führungspositionen
(Nr. 426 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzender Steidl betreffend gesetzliche Reglementierung des Mietpreises
(Nr. 427 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend die Barrierefreiheit von landeseigenen Liegenschaften
(Nr. 428 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 3.2.15 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend die Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes für Salzburger Familien
(Nr. 429 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Essl)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend die Aufnahme der Förderung für Registriertassen in das Wachstumsprogramm für Kleinstbetriebe
(Nr. 430 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

- 3.2.17 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend P&R-Parkplatz-Erweiterung Bergheim
(Nr. 431 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Klubobmann Naderer)
- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Fluktuation des ärztlichen Personals in den SALK
(Nr. 208-ANF der Beilagen)
- 3.3.2 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierung
(Nr. 209-ANF der Beilagen)
- 3.3.3 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Abfragen des Landesschulrates an 99 Schulstandorten mit ganztägigen Schulformen
(Nr. 210-ANF der Beilagen)
- 3.3.4 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Stromversorgung auf Almhütten
(Nr. 211-ANF der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend den Verein umwelt.service.salzburg
(Nr. 212-ANF der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2016
(Nr. 213-ANF der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Kunstankäufe des Landes
(Nr. 214-ANF der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Unterstützung des Landes Salzburg für eine fragwürdige Lobbying-Publikation aus der Türkei
(Nr. 215-ANF der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Abg. Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Jubiläumsjahr „Salzburg 20.16“
(Nr. 216-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Frauenpolitik (Entsendung von Aufsichtsräten)
(Nr. 217-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Leiterbestellungen an Pflichtschulen
(Nr. 218-ANF der Beilagen)

- 3.3.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend „Teamteaching-Stunden an der Neuen Mittelschule“ (Nr. 219 -ANF der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Probleme mit Flüchtlingskindern an Schulen (Nr. 220 -ANF der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das „Gutachten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft von Dr. Imo“ (Nr. 221-ANF der Beilagen)
- 3.3.15 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Elektrifizierung (Nr. 222-ANF der Beilagen)
- 3.3.16 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Korridorlinie (Nr. 223-ANF der Beilagen)
- 3.3.17 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Details zu Park & Ride Plätzen (Nr. 224-ANF der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Investitionen für die Infrastruktur der Salzburger Lokalbahn (Nr. 225-ANF der Beilagen)
- 3.3.19 Anfrage der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Elektrifizierung der Mattigtalbahn bis Friedburg (Nr. 226-ANF der Beilagen)
- 3.3.20 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand (Nr. 227-ANF der Beilagen)
- 3.3.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner Wieser an Landesrat Mayr betreffend des Arbeitsübereinkommens der Landesregierung unter dem Punkt „Entwicklung eines 365-Euro-Tickets“ (Nr. 228 -ANF der Beilagen)
- 3.3.22 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Abg. Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Hegeschau und bleifreie Munition im Bundesland Salzburg (Nr. 229-ANF der Beilagen)
- 3.3.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Pensionierung von Landesbediensteten (Nr. 230-ANF der Beilagen)
- 3.3.24 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Förderung der Volkskultur im Bundesland Salzburg (Nr. 231-ANF der Beilagen)

- 3.3.25 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Kinder in Mindestsicherungsfamilien (Nr. 232-ANF der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
 - 3.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden; Forschungsfinanzierung in Österreich
 - 3.4.2 Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2015 des Landes Salzburg
- 4. Aktuelle Stunde
"Der Brexit und die Folgen für Salzburg - wohin steuert die EU?" (ÖVP)
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 5.1 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat Mayr betreffend den Bau neuer geförderter Wohnungen für das Projekt „Wohnen auf Zeit“
 - 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchgl an Landesrat Mayr betreffend die geplante Trasse der EuRegio-Bahn
 - 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend neues Raumordnungsgesetz
 - 5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Novelle des Salzburger Naturschutzgesetzes
 - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend zuckerhaltige Getränke - „Getränkeautomaten - Check“
- ~~6. Dringliche Anfragen~~
- 7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
 - 7.1 Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015 (Nr. 395 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 7.2 Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015 (Nr. 396 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 7.3 Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2015 (Nr. 397 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Wacheorganengesetz geändert wird (Nr. 398 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

- 7.5 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bestellung eines Baurechtes an einer Teilfläche der landeseigenen Liegenschaft Grst. Nr. 3392, EZ 30011, GB 56537 Salzburg
(Nr. 399 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Bezügegesetz 1992 geändert werden und ein Landes-Sonderpensionsgesetz erlassen wird (Landes-Sonderpensionen-begrenzungs-gesetz)
(Nr. 400 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 7.7 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Abgabe einer Finanzierungszusicherung bzw. Garantieerklärung zugunsten der Gemeinde Saalbach-Hinterglemm anlässlich der Bewerbung für die alpine Schi Weltmeisterschaft 2023 und folgende gemäß Art 48 L-VG
(Nr. 401 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.8 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert wird
(Nr. 402 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.9 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Scharfetter und Neuhofer betreffend ein Verbot der Patentierung von Pflanzen, Saatgut und Tieren
(Nr. 403 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 7.10 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Scheinast, DIⁱⁿ Lindner, Fuchs, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Hofbauer, Mag.^a Sieberth und Klubobmann Schwaighofer betreffend TTIP - Aktualisierung des Landtagsbeschlusses vom 4. Juni 2014
(Nr. 404 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 7.11 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend „Frisch gekochtes Essen an allen Salzburger Schulen“ (Nr. 405 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 7.12 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Unterstützung der Salzburger Landwirtschaft
(Nr. 406 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 7.13 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten (Nr. 407 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
- 7.14 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend Familienfreundlichkeit im Salzburger Landtag (Nr. 408 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

- 7.15 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend mehr Transparenz und Informationen
(Nr. 409 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer)
- 7.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag. Mayer betreffend eine Novelle der Salzburger Landtagswahlordnung
(Nr. 410 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 7.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth und Hofbauer betreffend Frauenförderung
(Nr. 411 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 7.18 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der G-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 434 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.19 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der L-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 435 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.20 Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend den Rechnungsabschluss 2015
(Nr. 436 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.21 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Riezler-Kainzner betreffend die Neuregelung der Finanzierung des Bereichs Inklusion für Menschen mit Behinderung, um ein Chancengleichheitsgesetz umsetzen zu können
(Nr. 437 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 7.22 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA betreffend Bürokratieabbau in der Landesverwaltung
(Nr. 438 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 169-ANF der Beilagen) betreffend Strukturreform in der Landesamtsdirektion (Nr. 169-BEA der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der Abg. Scheinast und Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 170-ANF der Beilagen) betreffend die Aktivierung der Stieglbahn für den Personenverkehr (Nr. 170-BEA der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 172-ANF der Beilagen) betreffend die Einreichung von Förderansuchen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)
(Nr. 172-BEA der Beilagen)

- 8.4 Anfrage der Abg. Ing. Schnitzhofer und Jöbstl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 173-ANF der Beilagen) betreffend eine Zielgruppenerweiterung von Jugendzentren (Nr. 173-BEA der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 174-ANF der Beilagen) betreffend Familien in Notsituationen (Nr. 174-BEA der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 178-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat Mayr - betreffend Förderung für Elektroautos (Nr. 178-BEA der Beilagen)
- 8.7 Anfrage der Abg Klubobmann. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 179-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Langzeitarbeitslosigkeit in Salzburg (Nr. 179-BEA der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 180-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2016 (Nr. 180-BEA der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 181-ANF der Beilagen) betreffend das Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße (Nr. 181-BEA der Beilagen)
9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. März 2016 betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches der Richtlinien im Wohnbau (Nr. 412 der Beilagen)
- 9.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. Dezember 2015 betreffend die Novelle des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes 2007 (Nr. 413 der Beilagen)
10. Beschluss über das Ende der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

.....

(Beginn der Sitzung: 09:02 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich sehr, heute die Schülerinnen der Höheren Lehranstalt und Fachschule für wirtschaftliche Berufe Hallein mit Frau Prof. Dr. Reichegger begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie in den Landtag kommen und sich eine Plenarsitzung quasi einmal live ansehen und sich für unsere demokratische Verfasstheit im Land interessieren. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall) Ich begrüße auch alle Gäste, die heute hier im Landtag zugegen sind.

Ich eröffne die 8. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, ersuche ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben. Wir möchten eine Trauerminute abhalten.

Am 17. Juni 2016 ist Bundesrat außer Dienst Prof. Mag. Georg Lakner verstorben. Professor Lackner war Lehrer an einer Allgemeinen Sonderschule, Professor am Bundesrealgymnasium und Vortragender an der Pädagogischen Akademie in Salzburg.

Seine politische Laufbahn begann der Verstorbene 1983 als Mitglied der Bezirksparteileitung der FPÖ Flachgau. Von 1984 bis 1988 war Mag. Lakner Mitglied der Gemeindevertretung Hof bei Salzburg. Von Mai 1989 bis Mai 1994 war er Mitglied des Bundesrates. 1993 war er Gründungsmitglied des Liberalen Forums und bis 1994 Sprecher des Liberalen Forums Salzburg.

Ich habe der Trauerfamilie im Namen des Salzburger Landtages kondoliert. Der Salzburger Landtag wird dem Verstorbenen natürlich ein ehrendes Gedenken bewahren. Danke für diese Trauerkundgebung.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Abgeordnete Hirschbichler, Schneglberger und Wiedermann ganztags, Bundesrätin Mag.^a Kurz ebenfalls ganztags sowie Landesrat Mayr nachmittags. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl wird vormittags die Sitzung verlassen. Der genaue Zeitpunkt liegt noch nicht vor, da er einen Staatsgast begrüßen muss und am Flughafen zu sein hat.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 7. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist wie immer allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Es sind keinerlei Einwände in der Landtagsdirektion eingelangt. Ich darf daher um Genehmigung des Protokolls bitten und um ein Zeichen der Zustimmung ersuchen. Gegenprobe! Danke. Damit stelle ich die einstimmige Genehmigung fest.

Ich komme zu

Punkt 3: Einlauf

3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich fünf Vorlagen der Landesregierung.

3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15 Abs. 2 B-VG zwischen den Ländern über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung
(Nr. 393 der Beilagen)

3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird
(Nr. 394 der Beilagen)

3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landespersonalvertretungsgesetz geändert wird
(Nr. 414 der Beilagen)

3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der G-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 432 der Beilagen)

3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der L-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 433 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke, damit sind diese Geschäftsstücke zugewiesen.

3.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Riezler-Kainzner betreffend die Neuregelung der Finanzierung des Bereichs Inklusion für Menschen mit Behinderung, um ein Chancengleichheitsgesetz umsetzen zu können

(Nr. 415 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die antragstellende Fraktion die SPÖ. Bitte Kollegin Riezler-Kainzner, Du hast fünf Minuten.

Abg. Riezler-Kainzner: Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Heute Nachmittag wird die Novelle zum Behindertengesetz beschlossen. Es ist kein neues Gesetz, wie von uns gefordert, es ist eine Novelle mit zwar wichtigen Änderungen, aber eine wirkliche Weiterentwicklung sieht anders aus, obwohl sich alle Parteien hier im Hohen Haus einig sind, dass es geschehen soll.

Ich darf ganz kurz die Begutachtung des Gemeindebundes vorlesen. Also es wird davon ausgegangen, dass damit keine wesentlichen über die Budgets der letzten Jahre hinausgehenden Mehrkosten verursacht werden bzw. soweit solche erfolgen, ausschließlich seitens des Landes getragen werden. Soweit daher aufgrund der gegenständlichen Novelle für die Gemeinden keine unmittelbaren Mehrkosten verbunden sind, bestehen keine Bedenken gegen den Entwurf. Eine ähnliche Begutachtung kommt auch vom Städtebund. Das sind aber ganz, ganz wichtige Stellungnahmen, denn beide zahlen mit und ohne ein Ja zu mehr Geld geht gar nichts. Wir kennen das Problem. Es ist nichts Neues. Ich bin auch jetzt schon länger im Hohen Haus. Lange Verhandlungen beim Kinder- und Jugendhilfegesetz. Ich erinnere an die lange Diskussion über die Nichtanrechnung der 13./14. Pension bei der Mindestsicherung. Jetzt diskutieren wir über den höchst zulässigen Wohnungsaufwand in der Mindestsicherung.

Aber ich verstehe auch die Gemeinden. Das sind Bereiche, für die sie keine direkten Zuständigkeiten haben. Seniorenheime sind in ihrer Verantwortung. Kindergärten, Pflichtschulen. Hier schaffen sie Angebote für ihre Bewohnerinnen. Hier können sie aktiv mitarbeiten und natürlich können sie auch die Erfolge verkaufen, weil darum geht es ja auch natürlich in der Politik.

Bis 2005 mussten Städte und Gemeinden 65 % der Kosten übernehmen. Jetzt sind es 50 %, aber das ändert nichts am Grundproblem. Geld aus den Gemeindebudgets muss an das

Land überwiesen werden und ist scheinbar de facto nicht vorhanden für andere Projekte in den Gemeinden. Ich nenne kurz das Beispiel von Radstadt Rechnungsabschluss 2013, Behindertenhilfe € 287.000,-- Kinder- und Jugendhilfe € 8.000,--, pflegesoziale Mindestsicherung, das ist ein Posten, € 363.000,--. Das ist sehr, sehr viel Geld. Soll es also weiterhin so bleiben oder versucht die Regierung eine neue Strategie? Oder ist besonders der Finanzreferent froh, dass nur wenig möglich ist? Jetzt klagen die Gemeinden, das Land schafft an, wir müssen zahlen und das Land beklagt die Blockade. Gut. Deshalb haben wir jetzt konkrete Vorschläge, um das zu ändern.

Erstens: Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen hat der Bund ratifiziert. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei uns beiden, bei Bund und Ländern. Es gibt auf Bundesebene bereits im Bereich Pflege den Pflegefonds. Wir fordern hier einen Behindertenfonds. Besonders für die Anfangsjahre der Umstellung der Angebote. Für das Weg von vollbetreut hin zur individuellen notwendigen Hilfe, hin zu Angeboten, die auch Inklusion wirklich ermöglichen. Die Soziallandesräte fordern auch diesen Behindertenfonds. Ich bin überzeugt davon, dass ein Beschluss des Landes in diese Richtung sie dabei unterstützen könnte.

Zweitens fordern wir: Auf Landesebene bringen wir eben den Vorschlag ein, der die Stillstandssituation beenden soll. Also die Finanzströme, Städte, Gemeinden so entflechten, dass nur das Land für die Maßnahmen im Bereich Menschen mit Behinderungen zuständig ist. Natürlich muss bei diesen Verhandlungen über viele Bereiche verhandelt werden. Das ist vollkommen klar. Gleichzeitig soll schon jetzt weiter am neuen Gesetz gearbeitet werden, damit wir dann, wenn eine Umsetzung möglich ist, keine Zeit mehr verlieren.

Warum ist dieser Antrag dringlich? Die Verhandlungen über den Finanzausgleich gehen jetzt in die Endspurtphase. Gestern, in den SN gelesen, im Oktober gibt es eine Konferenz der hellen Köpfe dazu in der Steiermark. Der ganz wichtige Grund für mich: Auf dieses wirklich neue Gesetz warten sehr viele Betroffene und ihre Familien. Auf dieses neue Gesetz warten sehr viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich freue mich daher schon auf die Zustimmung zur Dringlichkeit und auf eine konstruktive Diskussion im Ausschuss. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet von den Grünen Kollegin Kimbie Humer-Vogl.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Werte Präsidentin! Sehr geehrte Landesregierung! Geschätzte Landtagskolleginnen! Liebe Gäste hier im Saal aus Hallein und vor dem Bildschirm!

Um diesen Antrag zu diskutieren, ist wohl ein kurzer historischer Rückblick notwendig. Wie wir alle wissen, ist das Sozialressort ja jahrzehntelang fest in der Hand der SPÖ gewesen. Im Oktober 2011 hat dann der Salzburger Landtag einstimmig das damals rote Sozialressort damit beauftragt, ein neues Behindertengesetz zu erarbeiten. Von Chancengleichheitsge-

setz war damals übrigens keine Rede. In der Salzburger Landeskorrespondenz vom 12. Oktober spricht Landesrätin Schmidjell davon, dass im Hinblick auf den derzeitigen Stand des Behindertengesetzes eine Reihe inhaltlicher Änderungen nötig sind, wie z.B. Eliminierung veralteter Begriffe, Einführung von Instrumenten zur Qualitätssicherung, stärkere Kundenorientierung, gesetzliche Verankerung der institutionellen Mitbestimmung des Behindertenbeirates.

Landesrätin Schmidjell hat dann tatsächlich sehr rasch entsprechende Schritte eingeleitet. Es gab sechs Themenforen, die in einer sehr allgemeinen Aufzählung von möglichen Angeboten für Menschen mit Behinderungen gemündet haben. Einen Behindertenbeirat gab es damals ja schon vorher. Der hat im April 2011 auf Einladung von Landesrätin Scharer getagt und dann nie wieder. Dass die Bemühungen damals im Sand verlaufen sind, hat Walter Steidl bei einer Anfragebeantwortung von Cyriak Schwaighofer ja dann auch tatsächlich bestätigt. Landesrat Schellhorn musste also praktisch von null anfangen.

Was in der Anfragebeantwortung durch Walter Steidl auch steht, ist wie sich die SPÖ vorstellt hier vorzugehen, nämlich zuerst sollen die notwendigen finanziellen Mittel aufgestellt werden und dann kann das neue Gesetz auf den Weg gebracht werden. Diese Intention lese ich ja auch jetzt in dem vorliegenden Antrag.

Die Grünen und Heinrich Schellhorn gehen allerdings einen anderen Weg. In der heute zu beschließenden Novelle geht es darum, dass die gesetzlichen Möglichkeiten des Behindertengesetzes so ausgeweitet werden, dass allen Menschen mit Behinderungen passende Angebote zur Verfügung gestellt werden können. Wenn sich diese bewähren, dann werden sie auch in das Gesetz aufgenommen. Es geht also darum zuerst was der Mensch braucht. Das ist das Wichtige. Dieser Devise folgt Landesrat Schellhorn ja schon seit Anbeginn seiner Amtszeit sehr konsequent. Schritt für Schritt ist das Angebot ausgeweitet worden und viele weitere Angebote sind derzeit in der Umsetzung bzw. in der Planungsphase.

Das ist im Übrigen genau was die UN-Behindertenkonvention eigentlich anstrebt. Nämlich dass Menschen mit und ohne Behinderungen an einer Vielzahl von Möglichkeiten auswählen können. Sie sollen selbst wählen können was sie arbeiten wollen, wo sie arbeiten wollen, wo sie wohnen wollen und wie sie ihre Freizeit verbringen.

Die Novelle des Behindertengesetzes, die heute zur Abstimmung steht, enthält übrigens alle von Landesrätin Schmidjell aufgezählten Punkte und alle Forderungen des Landtagsbeschlusses von 2011. Abschließend möchte ich noch sagen, dass es mich sehr freut, dass sich die SPÖ nun dazu entschlossen hat, als Mitstreiter für die Erfüllung der UN-Konvention aufzutreten. Das war ja nicht immer so. Erinnern wir uns doch an den medialen Aufschrei aus der SPÖ als es darum ging, die Provinzen Schernberg zu deinstitutionalisieren. Da war der SPÖ jedes Mittel Recht, das zu verhindern.

Wir stimmen der Dringlichkeit des Antrages selbstverständlich zu und freuen uns auf eine konstruktive Diskussion heute am Nachmittag. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet Klubobfrau Daniela Gutschi für die ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Landesregierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Gästebänken und zu Hause!

Das Thema Chancengleichheit und Behindertenrechte sowie das Thema Inklusion liegt mir persönlich sehr am Herzen. Das ist auch der Grund, warum ich der Dringlichkeit dieses Antrages zustimme, weil ich denke man kann nicht oft genug darüber reden und es kann nicht oft genug vor den Vorhang geholt werden, dass es hier immer noch eine Ungleichheit gibt und dass man einfach schauen muss, dass Menschen mit Behinderungen am täglichen Leben und im Alltag teilnehmen können und Teilhabe haben können sozusagen. Daher die Zustimmung zur Dringlichkeit des Antrages. Aber das ist auch schon der einzige Grund.

Wir werden heute am Nachmittag die Novelle des Behindertengesetzes beschließen. Die Kollegin Kimbie Humer-Vogl hat es ja auch bereits erwähnt und ich glaube schon, dass einiges weitergegangen ist und ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch beim Herrn Landesrat Schellhorn ganz herzlich dafür bedanken, dass jetzt dieser langwierige Prozess endlich einmal zu einem ersten Abschluss gebracht worden ist. Ein erster Abschluss, weil ich glaube, dass ein Gesetz, wie es das Behindertengesetz ist, immer in Entwicklung bleiben muss. Work in Progress, so habe ich es auch bereits bei den Ausschussberatungen genannt, weil hier immer neue Entwicklungen im Bereich der Betreuung und der Arbeit von und mit behinderten Menschen passiert und weil wir hier nie aufhören dürfen, daran weiterzuarbeiten und ständig die neuen Entwicklungen auch entsprechend zu implementieren und in unsere Gesetze einzubauen. Also so gesehen ist so ein Gesetz wahrscheinlich nie fertig.

Aber es ist sehr viel bereits jetzt in dieses neue Gesetz eingeflossen und ein Punkt, der mir persönlich besonders wichtig ist und der mich auch sehr freut, dass das passiert ist, ist das Thema der Qualitätssicherung. Wir haben jetzt auch im Behindertenbereich eine Einschau geschaffen, so wie das im Pflegebereich schon seit vielen Jahren üblich ist, und ich denke mir, dass wir wesentlich zur Steigerung der Qualität in Behinderteneinrichtungen beitragen, wenn auch hier von Seiten des Landes genau geschaut wird, was auch wirklich passiert in den Einrichtungen. Da ist sehr wohl auch Geld in die Hand genommen worden, weil ja so eine Einschau passiert ja nicht von selber, da müssen Expertinnen und Experten am Werk sein, und das ist auch entsprechend beschlossen worden.

Der Inklusionsfonds, den auch die Landessozialreferenten im Juni einstimmig beschlossen haben, dass der praktisch von Seiten der Bundesregierung einzurichten ist und wo es auch

schon positive Signale vom Bundesminister gibt, dass es diesen Inklusionsfonds geben wird, das ist sicher eine gute Idee und da teile ich Eure Meinung, dass man hier auch vom Bund einfordern soll, dass die entsprechende Leistung passiert, dass wir im Bereich der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention entsprechend weiterkommen. 145 Mio., in dieser Höhe soll er dotiert sein und das ist jetzt auch in den Finanzausgleichsverhandlungen entsprechend thematisiert worden und ich glaube das ist auch schon auf einem guten Weg und so soll es auch sein. Es sollten da auch entsprechende Kriterien natürlich festgelegt werden, so wie im Pflegefonds, wofür dieses Geld verwendet wird. Was nicht passieren darf, ist, dass man damit irgendwelche Löcher stopft. Damit sollen schon wirklich auch die Dinge umgesetzt werden, die wir einfach noch nicht jetzt im Land Salzburg umgesetzt haben.

Was den Bereich der Entflechtung der Finanzströme anbelangt, das ist so eine Sache. Ich bin auch für die Entflechtung der Finanzströme. Ich bin dafür, dass wir hier einfachere Wege gehen. Ich glaube aber nicht, dass man das so einfach lösen kann, indem man sagt so das Land übernimmt jetzt alles. Gerade der Bereich der Behindertenbetreuung und -arbeit ist, glaube ich, ein Thema, wo wir weiterhin solidarisch sein müssen. Ich bin überzeugte Föderalistin und würde mir nicht wünschen, dass man bei so wichtigen Themen die Gemeinden jetzt einfach außen vorlässt. Ich glaube, dass das auch ein wesentlicher Beitrag zur Bewusstseinsbildung ist und bleibt, dass behinderte Menschen zur Gesellschaft gehören und dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, dass sie entsprechend in die Gesellschaft integriert sind.

In diesem Sinne - wie gesagt - stimme ich der Dringlichkeit des Antrages zu und freue mich auf die Diskussion am Nachmittag. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages der SPÖ. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein weiterer

3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Bürokratieabbau in der Landesverwaltung
(Nr. 416 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich ersuche daher die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die antragstellende Fraktion Klubobmann Karl Schnell. Du hast fünf Minuten.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hoher Landtag! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hohe Landesregierung! Liebe junge Damen auf den Zuhörerbanken! Viel Glück auf Ihrem Weg ins Berufsleben und alles Gute!

Wir haben diesen Antrag deswegen gestellt, weil ja die Regierung in Salzburg sich unter dem Motto „Neustart für Salzburg“ zu einem Bürokratieabbau bekannt hat und viele auch, nicht nur wir von der Freien Partei Salzburg, sondern auch die anderen Fraktionen immer wieder auch von den Bürgerinnen und Bürgern entgegengehalten bekommen, dass der Frust über die Bürokratie nimmer endend wollend ist.

Uns ist aber wichtig, dass das nicht ein Schlagwort bleibt. Deregulierung, Bürokratieabbau, ein vielstrapaziertes Wort immer vor den Wahlen, sondern dass wir vor der Landtagswahl bereits den Bürgern etwas vorlegen können, sodass die Menschen in Salzburg auch wissen jawohl die Politik hat das ernst gemeint. Ich glaube für einen ernsthaften Bürokratieabbau brauchen wir die Regierung, wir brauchen alle Abteilungen, wir brauchen aber auch die Opposition und vor allem, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es wichtig, dass der Bürger uns mitteilt, welche Entscheidung, welche Belastungen und welche Bürokratie er als unerträglich empfindet. Es ist wirklich so, dass wir zwar ein Informationscenter über EU-Fragen haben, aber leider keine Anlaufstelle über diese Dinge.

Der Herr Landeshauptmann selbst hat ja bei einer der letzten Sitzungen ein treffendes Beispiel hier gegeben. Ich glaube es gibt zwei Problembereiche. Das eine ist welche Landesgesetze, welche Bestimmungen, Verordnung können wir hier im Land Salzburg selbst ändern und wo kommt die Bürokratie, wo es schwierig ist hier einzugreifen, aus Wien und hauptsächlich aus Brüssel. Ich habe immer wieder gewarnt im Landtag bitte, bitte nehmen wir nicht alles, was aus Wien und Brüssel kommt, einfach ungeprüft hin. Siehe damals wirklich die Regulierung mit den Allergenen. Die Allergenverordnung, die heute sich wirklich als eine Bürokratie hinstellt, die völlig unnötig war.

Ein Beispiel nur. Eine Mitangestellte von mir sucht an um eine Wohnbauförderung. Sie, es wurde ihr anscheinend nicht gesagt oder sie hat es überlesen, sie darf aber vorher nicht beginnen zu bauen. Jetzt frage ich mich wirklich, hat die Förderung etwas damit zu tun, dass man noch den Bau verhindern will, weil diese Familie Zuwachs bekommen hat und dringendst Wohnungsbedarf hat. Jetzt kriegt sie die Förderung nicht mehr, weil sie bereits begonnen hat zu bauen, weil sie den Wohnraum brauchen. Was hat das wirklich mit dem Bedarf der Wohnbauförderung zu tun? Unglaublich derartige Dinge.

Man muss derart viele Unterlagen beibringen, dass einem das Ganze eh schon vergeht, dass man sagt ich muss ja auch das bitteschön irgendwann zum Zeitpunkt, wo die Behörden offen haben, ich muss aber arbeiten gehen und muss aber diese Unterlagen alle bringen. Viele, viele andere Dinge in dieser Richtung, wie es auch der Herr Landeshauptmann gesagt

hat, die also wirklich unsere Menschen in Salzburg in den Frust treiben und viele, viele Betriebe, die sagen das geht nicht mehr. Ich arbeite viel, ich arbeite gerne, aber ständig werden wir kontrolliert, validiert, evaluiert, und das geht nicht mehr. Es wird angewiesen ein Besitzer einer Küche, eines Betriebes, eines Gastronomiebetriebes, dass er einen Boden herausreißen muss, weil die Fugenbreite bei den Fliesen zu groß ist und das den Hygienebestimmungen nicht entspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das höre ich tagtäglich, egal wo immer ich bin, auf der Tankstelle, einkaufen oder in der Ordination und betrifft mich auch selbst als Unternehmen. Ich bitte Sie wirklich, das ernst zu nehmen - ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. Auch der Förderungsdschungel, wenn wir lesen, dass viele Förderbeträge im Subventionsbericht unter € 10,-- liegen, dann kann mir niemand einreden, dass das wirklich in Ordnung ist und dass das nicht mehr Bürokratie braucht als die zehn Euro letztendlich für den Förderungsempfänger ausmachen. Ich bitte Sie alle, dass wir dann, wir können diskutieren wo wir jetzt die Anlaufstelle machen, aber dass wir den Sommer nützen, dass wir wirklich vor der Wahl dem Bürger etwas in die Hände geben und sagen schaut's her wir bemühen uns alle, ich glaube das ist nicht nur für uns für die Partei von den Freiheitlichen, von der Freien Partei Salzburg, Entschuldigung, freiheitlich nehme ich zurück sonst werde ich wieder geklagt, wichtig ist, sondern für alle. Wir sollten einmal ein Signal an die Menschen richten wir nehmen es ernst. Danke vielmals. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten und der Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die ÖVP Kollege Scharfetter. Bitte, Du hast das Wort.

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Zuhörer!

Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Lieber Karl Schnell, fast hätte ich gesagt danke für diesen Antrag. Er thematisiert einen Punkt, der uns ja seit geraumer Zeit intensiv beschäftigt. Ich glaube auch in der letzten Aktuellen Stunde ging es um Bürokratisierung, zu viele Regelungen, Frustration bei den Beteiligten.

Deregulierung ein Wort, das vor einigen Jahren noch wenig gebräuchlich war. Heute schon ein sehr gängiger Begriff in der politischen Debatte. Zu Recht aus meiner Sicht. Wenn wir uns ein bisschen umschaun und umhören im Bereich der Wirtschaft, so ist die Stimmungslage nicht ganz so, wie wir uns das wünschen würden. Das hat aber weniger mit der Konjunktur und den Auftragsbeständen zu tun, sondern hat sehr viel damit zu tun mit dieser sehr umfassenden und sehr oft als völlig überbordend empfundenen Bürokratie, mit der unsere Unternehmen beschäftigt sind. So gesehen kann ich vieles unterstreichen, was sich auch in der Präambel dieses dringlichen Antrages wiederfindet.

Ich würde gerne auf ein paar konkrete Deregulierungsvorschläge eingehen, tue ich aber nicht aus einem einfachen Grund. Es ist um 12:30 Uhr eine Pressekonferenz angesetzt, wo der Landeshauptmann, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und der Landesrat Mayr das Deregulierungspaket eins vorstellen werden. Man wird sehen, das sind schon eine ganze Reihe von sehr konkreten Maßnahmen, Gesetze, Verordnungen, Abläufe innerhalb der Verwaltung, wo wir Vereinfachungen erreichen werden und um das geht es. Der Landeshauptmann hat das letzte Mal auch in der Aktuellen Stunde gesagt wir müssen den Bürger entlasten und auch die Verwaltung vereinfachen. Ich glaube es war daher auch ganz richtig, diesen Prozess mit den Mitarbeitern oder ganz wesentlich auf Basis von Vorschlägen der Mitarbeiter der Landesverwaltung aufzubauen. Einen Prozess, der, so denke ich, nicht irgendwann einmal fix abgeschlossen sein wird, sondern das ist eigentlich ein laufender Prozess. Wir setzen einen ersten wichtigen Schritt. Ich halte das auch aus einem anderen Grund für sehr wichtig, weil wir oft hier im Haus die Bürokratie beklagen in Richtung Wien, Nationalrat, die Bürokratie in Richtung EU und da sage ich da steht es uns gut an zu schauen was können wir im eigenen Haus regeln, was können wir im eigenen Haus regeln. Da bin ich bei einem Punkt, und ich bitte um Verständnis, wenn ich da jetzt inhaltlich einfach nichts vorwegnehmen will, wir können ja dann im Ausschuss über das eine oder andere diskutieren, da bin ich bei einem Punkt wann immer sich Einstellungen ändern, sprechen wir ganz gerne vom Paradigmenwechsel. Vielleicht sollten wir auch in Richtung uns selbst einmal überlegen, dass wir uns ein bisschen zurücknehmen. Wir sind sehr detailverliebt in den Regelungen, sehr detailverliebt. Vielleicht wäre da und dort weniger mehr.

Ein zweiter Punkt, weil ihr das in Eurem Antrag auch angesprochen habt, die Förderungen, Förderdschungel, Transparenz, auch schon viele Jahre ein Thema, völlig richtig. Ich glaube schon, dass wir da auch einen Paradigmenwechsel brauchen. Wir haben eine ausgeprägte Förderkultur. Das ist irgendwie so entstanden, weil wir halt wenn uns eingefallen ist, dass wir irgendwo etwas machen sollten, haben wir ein Förderprogramm aufgesetzt. Eine Erfahrung, wenn etwas einmal in einem Budget ist, ist es schwer wieder wegzubringen. Richtig.

Das Zweite, und das würde ich auch noch gerne ansprechen, Paradigmenwechsel in Richtung mehr Vertrauen und Selbstverantwortung. Wir kontrollieren teilweise zu viel. Der Landeshauptmann hat ein gutes Beispiel genannt, ich sage es nur noch einmal kurz, weil es für mich auch wirklich ein Exempel ist, dass man die Dinge auch anders angehen kann. Investitionszuwachsprämie. Wie kann man das einigermaßen einfach administrieren? Ich bin gleich fertig. Natürlich wenn wir behördenseitig alle Jahresabschlüsse überprüfen, dann wird das kompliziert und dann kann man sich wirklich die Frage stellen, ob der Förderbetrag am Ende des Tages gemessen am Verwaltungsaufwand, ob das ein adäquates Verhältnis ist. Wir haben gesagt es gibt Steuerberater oder jeder Betrieb hat einen Steuerberater, das ist ein honorierter Berufsstand, wir verlassen uns darauf, dass die uns die richtigen Daten übermitteln, ich mache Stichprobenkontrollen. Das funktioniert. Das ist für mich ein Exempel, dass wir da weiterkommen können.

Ein letzter Punkt noch. Ich glaube es ist auch wichtig, ein Vorsatz gewissermaßen, dass jeder auch im eigenen Bereich schaut. In der Diskussion ist man immer recht kreativ und

erfinderisch, wenn es sozusagen um andere Bereiche geht, aber dass jeder im eigenen Bereich schaut. Also kurz gesagt die Dinge kritisch hinterfragen, die Mitarbeiter einbeziehen, klare Zielsetzungen haben, entschlossen handeln, im eigenen Bereich schauen, da und dort die eigene Einstellung kritisch hinterfragen, dann werden wir weiterkommen und, lieber Karl Schnell, dann wird Deregulierung kein Schlagwort in Salzburg sein, sondern konkret umgesetzt werden. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet für die Grünen Kollege Scheinast. Bitte!

Abg. Scheinast: Schönen guten Morgen auch von meiner Seite! Liebe Regierung! Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher auch im Internet und hier im Haus!

Vor einem Monat haben wir diskutiert die Aktuelle Stunde "sinnlose Bürokratie und Sanktionen gegen die Wirtschaft". Ein Antrag der FPS, und da wurde schon einiges besprochen, worüber es auch heute wieder geht. Ich habe vom letzten Mal mitgenommen, wenn wir eine Vertrauenskultur statt einer Kontrollkultur schön langsam einsickern lassen in alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, dann wäre das wohl ein taugliches Mittel, um die vielen Überregulierungen, die es gibt, und die vielen Schwierigkeiten, die sowohl Betriebe als auch Private immer wieder haben, in der Konfrontation mit Bürokratie ein bisschen zu vermindern.

Nehmen wir, immer wieder ein schönes Beispiel, Umtriebe - sage ich jetzt - rund um die Photovoltaik. Wir haben heute im Einlauf einen Antrag, einen gemeinsamen von ÖVP und Grünen zur Gleichbehandlung von Photovoltaik, nämlich gewerblicher und privater Photovoltaik. Wenn man sich damit nicht beschäftigt, würde man ja gar nicht meinen, dass man so etwas verschieden behandeln kann, aber wir haben es tatsächlich geschafft, dass gewerbliche Photovoltaik einer ganz anderen Kontrolle unterliegt und viel strengeren Bestimmungen als betriebliche, und das kann es ja wohl nicht sein, weil das Risiko, die Gefahr, die Schwierigkeiten, die Umstände ja immer die gleichen sind. Insofern ist das ein wunderbares Beispiel dafür, wo wir aus der Politik versuchen, deregulierend zu wirken. Auf der anderen Seite kommt es natürlich immer wieder vor, dass wir auch hergehen und regulierend wirken möchten, indem wir Dinge, die wir nicht richtig finden, versuchen einzuschränken und zu überwachen und zu kontrollieren. Da haben wir auch letztes Mal gesagt da können wir schon vor der eigenen Tür auch ein wenig kehren, um hier nicht allzu viel Regulierungswut auf die Leute loszulassen.

Karl Schnell hat gesagt es gibt so viele Bagatellen. Ich darf eine schöne Bagatelle aus der Stadt Salzburg nennen. Die Luftsteuer, die ich entrichte, die mittlerweile inflationsbedingt eine Größenordnung von € 8,17 erreicht hat. Für diese € 8,17 bekomme ich eine Vorschreibung, dann zahle ich es und dann wird der Zahlungseingang bearbeitet. Ich glaube, das ist

auch ein Beispiel dafür, dass es Bagatellgrenzen geben könnte, wo man sagt da drunter tun wir nichts, weil die Verwaltung deutlich teurer ist als der Ertrag, der da rauskommt.

Ich freue mich auf der anderen Seite sehr, dass es heute zu der Pressekonferenz der Landesregierung kommt, weil ich auch an dieser Stelle schon gelegentlich erwähnt habe, dass das Landestanzschulengesetz einer Aufhebung bedarf und heute wird es wohl endlich verkündet werden, dass es jetzt soweit ist. Ein Meilenstein meiner Meinung nach in der Deregulierung, weil das ist ja doch etwas, an dem sozusagen der Segen des Landes nicht unbedingt hängen sollte.

Deregulierungen in verschiedensten Bereichen sind derzeit ein Thema, auch auf der Bundesebene. Ich glaube es haben alle mitbekommen, dass die freien Berufe unter Umständen ein wenig erleichtert werden sollen. Momentan gibt es ja hunderte Bereiche und so absurde Sachen, dass ein Nageldesigner nur Fingernägel, aber keine Fußnägel designen darf. Das sind so klassische Beispiele dafür, wo man sich auch wieder fragt ja muss denn das sein, warum sollte Erwerbsfreiheit nicht ein bisschen Freiheit auch bedeuten und nicht immer nur Erwerbseinschränkung.

Nach diesem ersten Deregulierungsschwung, den wir jetzt vor uns haben und wo ich die Regierung auf einem sehr guten Weg sehe, könnte man auch noch überlegen, ob man nicht in einer zweiten Runde versucht, die Bürger einzuladen und zu erzählen was denn noch zusätzliche Schritte und Ideen wären, wie man im Bereich der Landesverwaltung, auf die wir am meisten Einfluss haben, unter Umständen den einen oder anderen übertriebenen Missstand oder Regulierung unter Umständen auch noch her werden könnten.

In diesem Sinne sagen wir ja es ist natürlich ein dringlicher Antrag, weil er soll ja noch kurz vorher beschlossen werden, bevor die Regierung schon alles verkündet. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, der Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Naderer vom Team Stronach Salzburg.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein sehr wichtiges Anliegen, was die Freiheitliche oder die Freie Partei Salzburg, nicht dass ich auch irgendwann einmal den gleichen Wortfehler mache, den der Karl Schnell vorher gemacht hat, den die Freie Partei Salzburg eingebracht hat, ist mir sehr wichtig, denn seit ich in dem Hohen Haus bin, das war immerhin von 1994 bis 2004 und jetzt seit 2013, war das immer ein großes Schlagwort und ist eigentlich nie umgesetzt worden. Wenn man die Landesgesetzbücher anschaut, sind sie jetzt doppelt so dick, als sie 1994 gewesen sind. Das heißt, dieser Landtag hat die Gesetze beschlossen, die die rechtsunterworfenen Bürger dann befolgen müssen und die natürlich oft zu diversen Kapriolen gesetzlicher Natur führen.

Ich war am Wochenende, am Samstag um 15:00 Uhr in Seekirchen, da ist dieser Sturm hereingezogen über Seewalchen zum Fenninger Spitz, habe mir dann die Schäden angeschaut. Dann ist mir berichtet worden, dass die Bäume dort äußerst gefährlich gesetzt wurden oder in den letzten Jahren dort entsprechend in die Höhe gewachsen sind. Der Campingplatzbetreiber hat bei einer Begehung, wo ein Dutzend Beamte dabei gewesen sind von der Gemeinde, vom Land, von der BH, von wo immer, gesagt, die Bäume sind extrem gefährdet. Durch die Seespiegelanhebung ist das Wasser höher und die Wurzeln sind jetzt unter Wasser und bei einem geringeren Sturm wie der am Samstag war, sind die umsturzgefährdet und daneben ist der Campingplatz, ist der Parkplatz. Genauso ist es gekommen. Am Samstag um 15:00 Uhr sind diese Bäume entwurzelt worden, drei Autos darunter begraben worden, Gott sei Dank kein Mensch zu Schaden gekommen. Die Campingwägen beschädigt und der Betreiber hat nicht das OK von der Kommission bekommen, dass er diese Bäume, obwohl er darauf aufmerksam gemacht hat, die sind gefährlich, dass er die abschneidet.

Das sind natürlich Sachen, die können so nicht funktionieren, da kann man sich nicht, nur weil man jetzt eine Grüne Ressortleiterin hat, vielleicht noch Grüner sein wollen als Beamter, dass man Sachen vorschreibt, die einfach in keinem Verhältnis mehr stehen und dann auch zur Gefährdung von Menschenleben führen. Für mich ist ein Menschenleben noch immer wichtiger als Naturschutzvorgaben, die man so oder so sehen kann und vor allem, wenn man das begründet, dass die Bäume jetzt gefährlich sind wegen dieser Seespiegelanhebung, dann sollten die Beamten dem auch Folge leisten und das zumindest überprüfen und nicht einen Bescheid mit offenbar 80 Punkten erlassen, dass ein paar Blumentöpfe vom Campingplatz weggehören, dass irgendeine Scheibtruhe weggefahren gehört und was weiß ich was. Lauter Unsinnigkeiten, aber das ist wichtig, dass man die Bäume dort stehen lässt, die dann menschliches Leben gefährden.

Aber ich muss auch etwas Positives dazu sagen. Ich habe aufgrund des Vorfalles am Montag um 9:00 Uhr morgens ein Mail an die zuständigen Beamten geschrieben und die Liegenschaftsverwaltung von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl hat umgehend reagiert. Um 12:00 Uhr war der Anruf da beim Campingplatzbetreiber, dass er diese Bäume umschneiden kann und dass alles sofort in die Wege zu leiten ist. Aber es muss halt zuerst ein Sturm passieren, bis dass die Beamtenschaft dann sagt, okay, jetzt machen wir es. Ich möchte mich allerdings beim Landeshauptmann-Stellvertreter bedanken, dass das dann doch so schnell gegangen ist.

Eine zweite Kuriosität. Was mir immer wieder auffällt, wo wir uns auch Deregulierung an die Fahnen heften könnten, sind Verkehrszeichen. Das sind ja auch Maßnahmen, die die Administration, die Bürokratie veranlasst. Wenn ich da in einer Flachgauer Gemeinde, in einer Stadt bei einer Einfahrt zehn Botschaften vernehme, wie soll ich das erkennen? Dass ich mich selbst beweihräuchere als Gemeinde, Klimabündnisgemeinde, familienfreundliche Gemeinde, energieeffiziente Gemeinde, ok, aber dann kommt der Rechtsunterworfenen. Ok, da ist eine 3,5 m Höhenbeschränkung, dann kommt eine Ortstafel, zur Ortstafel dazu gehängt ist eine 30 km/h-Beschränkung. Das heißt im gesamten Ortsgebiet gilt 30, aber

dann steht drunter eine Ausnahme, von der L102 bis zur Pension sowieso zählt die Ausnahme wieder nicht. Wer soll das jemals checken? Das geht überhaupt nicht. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Musst stehen bleiben zum Lesen!)

... Da glaube ich, ist Deregulierung genauso angesagt wie im internen Bereich. Dort, wo die Bürger etwas davon haben. Dort, wo der Rechtsunterworfen eine Rechtssicherheit hat, denn da kennt sich kein Mensch mehr aus, was jetzt Sache ist. Da wäre auch die Landesregierung als Aufsichtsbehörde bzw. teilweise als verordnungsgebende Behörde durch die Bezirkshauptmannschaft aufgerufen, tätig zu werden.

Der Dringlichkeit stimme ich natürlich selbstverständlich zu. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten und der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich noch einmal für den Klub der Freien Partei Salzburg, Liste Karl Schnell, der Klubobmann.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Liebe Kollegen!

Danke für den Zuspruch zu diesem dringlichen Antrag von allen Seiten. Ich habe mich eigentlich nur mehr zu Wort gemeldet aufgrund des letzten Satzes vom Kollegen Scheinast.

Lieber Kollege Scheinast! Das war wieder so typisch. Um den Bürokratieabbau wirklich effizient zu machen, müssen wir eh alle zusammenhalten. Aber dass Du dann noch sagst, dass wir den Antrag jetzt bringen, bevor die Regierung ihre Pressekonferenz, dass wir noch die Antragsteller sind. Jetzt sage ich Dir etwas. Wir haben das gar nicht gewusst, dass heute die Regierung eine Pressekonferenz macht und genau daran scheitert's, dass nämlich die Regierung mit der Opposition nicht zusammenarbeitet und Ihr nicht in der Lage seid, uns zu informieren, wie weit sind wir schon in unserem Bereich, was können wir dazu beitragen. Genau um das geht es. Weil ich glaube so wie Du dargebracht hast, Euch liegt natürlich die Sonnenenergie am Herzen, auch dazu haben wir schon x Anträge gestellt in diesem Landtag, und eines weißt Du ganz genau. Der Antrag jetzt ist ja nur deswegen, weil ich sage wir müssen vor der Landtagswahl etwas vorlegen und nicht bis zur Landtagswahl warten und dann wieder politische Versprechungen geben, sondern es geht uns darum, dass das wirklich umgesetzt wird. Und alle Beispiele, ob das jetzt der Helmut Naderer war oder Hans Scharfetter, haben uns bestätigt in der Richtung. Schade, dass Du das nicht lassen kannst, einfach politisch zu denken und sonst nichts. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten und des Abg. Klubobmann Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über die Zuerkennung der Dringlichkeit ab. Wer für die Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe! Keine Gegenstimmen. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 17 Anträge.

3.2.3 **Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter, Fuchs, Obermoser und Scheinast betreffend die Ausnahme von gewerblichen Photovoltaikanlagen aus der Genehmigungspflicht
(Nr. 417 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

3.2.4 **Antrag** der Abg. Mag. Mayer und Scheinast betreffend Vergabemodalitäten bei Mietwohnungen
(Nr. 418 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

3.2.5 **Antrag** der Abg. HR Dr. Schöchl und Bartel betreffend eine Änderung des Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetzes 1986
(Nr. 419 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)

3.2.6 **Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend Planungssicherheit für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen im Tourismus
(Nr. 420 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Obermoser)

3.2.7 **Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter und Neuhofer betreffend steuerliche Begünstigungen für Elektroautos
(Nr. 421 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

3.2.8 **Antrag** der Abg. Mag. Mete BA MA und Klubvorsitzender Steidl betreffend Einführung einer parlamentarischen Bürgerinitiative im Salzburger Landtag
(Nr. 422 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)

3.2.9 **Antrag** der Abg. Mag. Mete BA MA, Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzender Steidl betreffend Gewerbeberechtigungen für Vermittler von Wettkunden
(Nr. 423 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Mag. Mete BA MA, Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzender Steidl betreffend das Wettwesen
(Nr. 424 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)

3.2.11 **Antrag** der Abg. Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Prüfkompetenz der Volksanwaltschaft
(Nr. 425 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)

3.2.12 **Antrag** der Abg. Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Riezler-Kainzner betreffend Förderung von Klein- und Mittelbetrieben für die gleiche Förderung von Männern und Frauen für Führungspositionen
(Nr. 426 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)

3.2.13 **Antrag** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzender Steidl betreffend gesetzliche Reglementierung des Mietpreises

(Nr. 427 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)

3.2.14 **Antrag** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend die Barrierefreiheit von landeseigenen Liegenschaften

(Nr. 428 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

3.2.15 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend die Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes für Salzburger Familien

(Nr. 429 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Essl)

3.2.16 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend die Aufnahme der Förderung für Registrierkassen in das Wachstumsprogramm für Kleinstbetriebe

(Nr. 430 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend P&R-Parkplatz-Erweiterung Bergheim

(Nr. 431 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Klubobmann Naderer)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit sind auch diese Anträge zugewiesen.

3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt 25 **schriftliche Anfragen** eingegangen.

3.3.1 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Fluktuation des ärztlichen Personals in den SALK (Nr. 208-ANF der Beilagen)

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierung (Nr. 209-ANF der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Abfragen des Landesschulrates an 99 Schulstandorten mit ganztägigen Schulformen

(Nr. 210-ANF der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Stromversorgung auf Almhütten
(Nr. 211-ANF der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend den Verein umwelt.service.salzburg
(Nr. 212-ANF der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2016
(Nr. 213-ANF der Beilagen)

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Kunstankäufe des Landes
(Nr. 214-ANF der Beilagen)

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Unterstützung des Landes Salzburg für eine fragwürdige Lobbying-Publikation aus der Türkei
(Nr. 215-ANF der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Abg. Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Jubiläumsjahr „Salzburg 20.16“
(Nr. 216-ANF der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Frauenpolitik (Entsendung von Aufsichtsräten)
(Nr. 217-ANF der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Leiterbestellungen an Pflichtschulen
(Nr. 218-ANF der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend „Teamteaching-Stunden an der Neuen Mittelschule“
(Nr. 219 -ANF der Beilagen)

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Probleme mit Flüchtlingskindern an Schulen
(Nr. 220 -ANF der Beilagen)

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das „Gutachten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft von Dr. Imo“
(Nr. 221-ANF der Beilagen)

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Elektrifizierung
(Nr. 222-ANF der Beilagen)

3.3.16 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Korridorlinie
(Nr. 223-ANF der Beilagen)

3.3.17 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Details zu Park & Ride Plätzen
(Nr. 224-ANF der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Investitionen für die Infrastruktur der Salzburger Lokalbahn
(Nr. 225-ANF der Beilagen)

3.3.19 **Anfrage** der Abg. Scheinast und DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend Elektrifizierung der Mattigtalbahn bis Friedburg
(Nr. 226-ANF der Beilagen)

3.3.20 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand
(Nr. 227-ANF der Beilagen)

3.3.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner Wieser an Landesrat Mayr betreffend des Arbeitsübereinkommens der Landesregierung unter dem Punkt „Entwicklung eines 365-Euro-Tickets“
(Nr. 228 -ANF der Beilagen)

3.3.22 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Abg. Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Hegeschau und bleifreie Munition im Bundesland Salzburg
(Nr. 229-ANF der Beilagen)

3.3.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Pensionierung von Landesbediensteten
(Nr. 230-ANF der Beilagen)

3.3.24 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Förderung der Volkskultur im Bundesland Salzburg (Nr. 231-ANF der Beilagen)

3.3.25 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Kinder in Mindestsicherungsfamilien (Nr. 232-ANF der Beilagen)

3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft

Der Rechnungshof hat den Bericht betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden, Forschungsfinanzierung in Österreich und der Landesrechnungshof den Bericht betreffend den Rechnungsabschluss 2015 des Landes Salzburg übermittelt.

3.4.1 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend ausgewählte gebietskörperschaftsübergreifende Leistungen im Bereich der Schulbehörden; Forschungsfinanzierung in Österreich

3.4.2 **Bericht** des Landesrechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2015 des Landes Salzburg

Den **Bericht des Beauftragten des Landes Salzburg für den Ausschuss der Regionen** für das Jahr 2015 habe ich gemäß unserer Geschäftsordnung dem Ausschuss für Europa direkt zugewiesen.

Damit haben wir alle Punkte des Einlaufes abgeschlossen. Bevor ich nunmehr Top vier aufrufe, ersuche ich die Zweite Präsidentin um Vorsitzübernahme und werde den Vorsitz nach meiner Wortmeldung wieder zurückübernehmen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Somit sind wir bei

Punkt 4: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der ÖVP „Der Brexit und die Folgen für Salzburg - wohin steuert die EU?“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner der ÖVP Landeshauptmann Dr. Haslauer zu Wort kommt. Dann wird in der Reihenfolge SPÖ - Grüne - FPÖ und Team Stronach mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - Grüne - FPÖ - Team Stronach aufgerufen. Ich ersuche Euch alle, die Zeitdisziplin

lin zu halten, damit alle Redner zu Wort kommen und wie gehabt werde ich eine Minute vor Abschluss der Redezeit einläuten.

Als erste Rednerin ersuche ich nun die Frau Landtagspräsidentin um Ihre Wortmeldung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste hier im Haus!

Brexit - Folgen für Salzburg und wohin steuert die Europäische Union. Ein Thema, das uns jetzt seit längerer Zeit begleitet, aber sehr intensiv in den letzten zwei Wochen diskutiert wird, nachdem das Vereinigte Königreich abgestimmt hat. Die Frage lautete: Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder den Austritt erklären?

51,8 % der Wählerinnen und Wähler haben abgestimmt für einen Austritt. Dieses Ergebnis ist zur Kenntnis zu nehmen und damit ist der Weg für die Austrittserklärung und das Austrittsverfahren aus der Europäischen Union gegeben. Die Europäische Union wird den drittgrößten Mitgliedsstaat verlieren und die zweitgrößte Volkswirtschaft. Man könnte salopp sagen, wenn das alles angemeldet und eingeleitet und durchgezogen ist, "da waren es nur noch 27".

Es wurde aber bei dieser Abstimmung über mehr abgestimmt als nur über die Europäische Union und die Mitgliedschaft. Es wurde sehr wohl über innenpolitische Maßnahmen, über Unwohlsein über bestimmte Entwicklungen im Land England, im Vereinigten Königreich abgestimmt. Die Europäische Union wurde als Synonym genommen für Unbehagen, dass etwas nicht ganz so läuft und es wurde Protest und Denkmäler abgegeben. Das lässt sich ganz einfach orten, nachdem die Entscheidung und das Wahlergebnis bekanntgegeben wurden, begann schon das Voting "wir wollen noch einmal abstimmen". Einige Millionen haben dieses Voting unterschrieben. Es war aber auch, und das gibt auch zu denken, vier Stunden nach dem Wahlergebnis, nach dem Befragungsergebnis das meist gegoogelte Wort im Vereinigten Königreich Europa, EU und Austritt. Ja was heißt denn das, diese Feststellung? Dass es ganz offensichtlich nicht um Fakten gegangen ist, die vermittelt wurden. Dass nicht genau aufgeklärt wurde, was heißt es denn, Mitglied der Europäischen Union zu sein. Oder was bedeutet ein Austritt?

Was man aber auch sieht, dass diese Fakten und Themen gar nicht gefragt waren. Es wurde auf einer sehr emotionalen Ebene diskutiert. Es wurden schnelle Antworten gegeben, sehr einfache Antworten. Und wodurch das noch unterstrichen wird und was noch mehr zu bedenken gibt, ist, dass diejenigen, die dieses Schiff Vereinigtes Königreich in dieses Austrittsszenarium manövriert haben, jetzt alle zurücktreten und sagen: Mich geht das nichts mehr an. Schaut wie Ihr das macht. Was lässt sich daraus schließen? Es lässt sich daraus schließen, dass sie keinen Plan hatten wohin es gehen soll, wie das Austrittsszenario ist. Ich glaube das ist eine Art von Politik, die nicht von Verantwortung zeugt. Das ist eine Politik, die kein Land und auch die Europäische Union nicht braucht. Daher ist es richtig und wichtig, dass wir darüber diskutieren was es heißt Mitglied in dieser Europäischen Union zu

sein, mit Fakten sachgerecht informieren, was es heißt auszutreten, welche Folgen jetzt auch der Austritt des Vereinigten Königreichs, wenn er denn dann kommt, auch Auswirkungen auf Salzburg hat. Das ist die Bringschuld, die wir als Politiker und Politikerinnen zu geben haben. Weg von Schlagworten.

Wir brauchen Reformen. Ja, die Stärken der Europäischen Union und die Schwächen müssen wir ansprechen. Und es gibt Schwächen. Wenn wir sagen es ist ein Weckruf für uns alle, ich glaube munter waren wir schon lange oder müssten wir gewesen sein, um zu sehen, dass wir zurück zur Grundidee kommen müssen, dass die Europäische Union nicht nur ein Friedensprojekt war, sondern dass es große Aufgaben gibt, die auf Ebene der Europäischen Union zu lösen sind, und jene, die national und regional. Wir sind ein Teil dieser Europäischen Union als Region Salzburg, dass wir Fragen hier in Salzburg lösen können und wollen. Das heißt Reform ja und nicht Durchhalteparolen, sondern angehen und Taten sprechen lassen. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und der Abg. Fürhapter)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Somit übergebe ich Dir den Vorsitz. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (hat den Vorsitz übernommen): Danke vielmals. Bitte Herr Landeshauptmann, Du hast das Wort. Zehn Minuten!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Am Freitag vor einer Woche hat Europa so etwas wie eine Schockstarre ergriffen, als eine Abstimmung, die jeder zur Kenntnis genommen hat, aber offensichtlich nicht ausreichend ernst genommen hat, zu einem Ergebnis geführt hat, das so in der Form niemand wollte und auf die - vor allem auch in Großbritannien - niemand ausreichend vorbereitet war.

Das Zündeln mit dem Feuer hat letztlich zu einem Großbrand geführt und mit Großbritannien scheidet nicht irgendein Land, sondern eine Weltmacht aus der Europäischen Union, ein Global Player. Ein Land, das in der Geschichte dieses Kontinentes immer in politischer, militärischer, wirtschaftlicher Hinsicht eine besondere Rolle hat. Jetzt ist die Stunde und die Demaskierung der Populisten. Großbritannien hat immer eine besondere Distanz - auch zur EU. Es hat dort nie eine Volksabstimmung gegeben bezüglich eines Beitrittes. Sie waren nicht im Euroraum, sie waren nicht im Schengenraum. Bezeichnend ist eine Schlagzeile vom Daily Mirror vor vielen Jahren, als Telefonleitungen zum Kontinent unterbrochen waren, war die Schlagzeile im Daily Mirror: "All connections cut, continent isolated". Das sagt schon alles.

Zurück bleibt Großbritannien mit dem Hauptproblem einer zerrissenen Gesellschaft, jung gegen alt. Die Schotten wollen sich abspalten, eine neuerliche Volksabstimmung, weil die wollen bei der EU bleiben, die haben auch eine Mehrheit gehabt. Die Nordiren, undenkbar noch vor wenigen Jahren, überlegen, ob sie nicht mit den Iren zusammengehen, weil sie

auch bei der EU bleiben wollen. Also so etwas von einer Selbstmontage mit einer kurzfristig populistisch angesetzten Volksabstimmung ist eigentlich ganz unglaublich und ganz unverantwortlich.

Uns trifft es auch. Großbritannien ein Nettozahler, 5,6 Mrd. Euro. Wenn man das, was nach Großbritannien zurückgeflossen ist, abzieht, dann bleibt immer noch ein erheblicher Betrag, den die übrigen EU-Länder dann irgendwie aufbringen müssen, es sei denn man kürzt die Leistungen. Wir in Salzburg haben auch ein wirtschaftliches Problem, denn 130 Unternehmen exportieren Jahr für Jahr Waren für über 460 Mio. Euro nach Großbritannien.

Für uns, und ich bin dankbar, dass dieses Thema im Landtag behandelt wird, kann man natürlich jetzt sagen, was geht uns das an, wir haben eh keine europäischen Kompetenzen, und doch ist es eine zutiefst politische Frage, denn jetzt ist auch die Zeit darüber nachzudenken, was ist uns dieses Europa, ist es wirklich nur ein ferner Moloch, ein Bürokratiemonster, eine Entmündigungseinrichtung, die unsere Gebräuche, unsere Kultur, unsere Vielfalt vereinheitlichen und abschaffen will oder ist es ein bloß nützlicher Währungs- und Wirtschaftsraum, den man halt auch so hat oder gibt es da mehr, gibt es da eine übergeordnete Idee.

Wir sprechen viel über 200 Jahre Salzburg bei Österreich. Noch im Jahre 1857, meine Damen und Herren, war die durchschnittliche Lebenserwartung in Salzburg für Männer 32,4, für Frauen 34,7 Jahre. 32 bzw. 34 Jahre. Von 100 Kleinkindern haben 30 das erste Lebensjahr nicht überlebt. Es gab damals, Karl Schnell, 100 Ärzte in Salzburg, davon waren aber nur 30 wirkliche Ärzte, die anderen waren so Kurbader, die halt mit recht rustikaler Art Knochen eingerichtet und die Zahnbehandlungen, glaube ich, auch nicht wirklich angenehm gestaltet haben. Wir müssen uns bewusst sein, in welcher Welt wir jetzt leben.

Unsere Verfassung, die Kelsen-Verfassung, sagt im Art. 1 sehr nüchtern, sehr rechtspositivistisch: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. Punkt. Aus. Amen. Die deutsche Bundesverfassung sagt im Art. 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlicher Gewalt. Da läuft es einem kalt über den Rücken runter, wenn man die Geschichte kennt, wenn man weiß, was passiert ist in Europa und speziell auch in Deutschland. Das ist europäisches Programm. Das ist die große Idee: Die Würde des Menschen!

Dieses Europa kommt aus jahrtausendalten Wurzeln. Aus einem Griechenland, das die Demokratie erfunden hat. Aus Rom, das den Rechtsstaat entwickelt hat und aus der französischen Revolution mit der starken Ansage Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. Diese drei Wurzeln, das ist Europa, das ist die große Idee. Ich glaube, dass dieses Europa auf Rechtsstaatlichkeit und nicht auf Willkür, nicht auf einem Gottesstaat, nicht auf der reinen Macht des Kapitals aufgebaut ist, sondern auf speziellen kulturellen Wurzeln, die dieses Europa ausmachen. Das muss man immer werten: Das Ärgernis über die Bürokratie, über die Einmischung, über die Undurchdringlichkeit auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch, was setzen wir auf's Spiel.

Jetzt ist es an der Zeit, über Europa einmal anders nachzudenken. Weniger klein, klein, mehr große Würfe. Die EU ist zu einem Normungs- und Standardisierungsinstitut verkommen. Das ist ja das Problem. Sie mischt sich in jede Kleinigkeit ein. Die Brettern auf unseren Almhütten, das ist etwas, was die EU nichts anzugehen hat, meine ich, aber sehr wohl, wie man mit der Flüchtlingskrise fertig wird, sehr wohl, wenn Staaten vor dem Bankrott stehen. Da ist es gelungen, da ist ein großer Wurf gelungen mit Spanien, mit Portugal, mit Irland, aufgefangen. Mit Griechenland werden wir schauen, das ist wahrscheinlich auch auf einem guten Weg. Das ist ein großes politisches Projekt - ebenso wie das Friedensprojekt Europa. Dieser Kontinent, der von der Geisel des Krieges überzogen wurde, mit Millionen, hundert Millionen von Toten, mit großflächiger Zerstörung - das findet seit der EU in Europa nicht mehr statt.

Keine Grenzen. Mit Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen und Personenverkehr. Mit Offenheit und Vielfalt, auch mit einer Solidaritätsgemeinschaft. Natürlich ist es der begehrteste Wirtschafts- und Lebensraum der Welt, möchte ich sagen. Weit über den Vereinigten Staaten von Amerika, aus meiner persönlichen Sicht. Das steht am Spiel. Das steht am Spiel, wenn man kurzfristig das Naheliegende auf Stammtischniveau diskutiert und dann einen Schaden anrichtet, der nicht mehr gutzumachen ist.

Welser-Möst, der bekannte Dirigent, hat einmal bei einer Diskussion gesagt: Sperren wir doch die Salzburger Festspiele ein Jahr zu, dann werdet ihr schon draufkommen, was ihr daran habt. Sperren wir doch die EU einmal ein Jahr oder fünf Jahre oder zehn Jahre zu, dann werden wir schon draufkommen, was es bedeutet, wieder Visa zu lösen, Zölle zu zahlen bei einer Volkswirtschaft, die 60 % exportorientiert ist, wieder abgeschottet zu werden von einem Markt von 500 Millionen Menschen mit den verbundenen Einbußen und Arbeitslosigkeit. Was es heißt für den Tourismus, mit unseren 800.000 Nächtigungen allein aus Großbritannien, 95 % unserer Gäste kommen aus dem EU-Raum. Was es heißt, wieder Grenzkontrollen zu haben? Das, was sich am Walsberg in eine Richtung abspielt, das ist der Normalfall gewesen. Das haben wir alle vergessen. Das war immer so an allen Grenzen Österreichs. Was es heißt, Währungsdifferenzen zu haben, mit den Wechselkursdifferenzen, mit all diesen Themen. Eine Arbeitsgenehmigung einholen zu müssen. Allein in Deutschland arbeiten und leben 169.000 Österreicherinnen und Österreicher. Was es heißt, ein Hochschuldiplom anerkannt zu bekommen. Was es heißt, an Universitäten zugelassen zu werden, an ausländischen.

Meine Damen und Herren! Diese Abstimmung von Großbritannien ist ein Weckruf für uns alle. Es ist ein Weckruf aus der österreichischen Larmoyanz, aus dem österreichischen Konjunktiv. Sie kennen ja den berühmten österreichischen Konjunktiv: Jemand kommt zu einem Termin und meldet sich mit "da warad i, da wäre ich". Das ist ja grundfalsch. Er wäre nicht nur da, er ist da, da bin ich. Aber das ist so tief in uns drinnen, wir betreten schon beim Reingehen mit einer Distanziertheit den Raum und distanzieren uns von uns selbst, dass wir, falls es darauf ankommt, vielleicht gar nicht dabei gewesen sind. Da haben wir reiche Erfahrung. 1938 haben Hunderttausende am Heldenplatz "Heil" gebrüllt, waren alle

anwesend, aber niemand war dabei. Oder wir waren jetzt bei der Fußball-Europameisterschaft anwesend, aber nicht dabei.

Wir dürfen in dieser EU nicht nur anwesend sein, wir müssen dabei sein. Das heißt, dass wir mitgestalten müssen, dass wir uns viel mehr auch aktiv in den EU-Gremien einbringen müssen, dass wir uns aber auch bekennen müssen. Das ist schon auch eine Schwäche unserer eigenen Politik, dass wir sehr larmoyant eben, sehr lauwarm sagen "ja eh". Das berühmte Ja-Eh. Aber im Grunde genommen geht es um eine Abwägung, was riskieren wir, was können wir verlieren. Um Europa kämpfen, das ist die Antwort aus Brexit, auch für uns in Salzburg. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landeshauptmann. Für die SPÖ, Frau Zweite Präsidentin, Du hast das Wort.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Liebe Schülerinnen und Schüler! Gut, dass Ihr heute da seid. Es ist eine wichtige Diskussion für unser Land. Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Herr Landeshauptmann hat es jetzt sehr gut umrissen. Es geht bei Europa nicht um entweder oder, sondern es geht um sowohl als auch. Die große Schwierigkeit ist das Spannungsfeld dieser Mitgliedsstaaten. Noch sind wir 28, lieber Charly Schnell. 28 Staaten mit unterschiedlichsten Kulturen müssen unter einen Hut gebracht werden. Brexit und die Folgen für Salzburg - wohin steuert die EU, darauf heute eine Antwort zu geben, würde bedeuten, jede Antwort ist eine Spekulation, denn zu viele Fragen sind offen und es gibt keine Antworten im Augenblick und es wäre auch zu kurz gegriffen, hier die Folgen für Salzburg abgeschieden vom Rest der Welt zu sehen. Das ist völlig klar und wir haben es auch jetzt gehört.

Die Folgen und der Ausgang dieses - ich nenne es - kollektiven Selbstmordes, den die Briten gerade im Begriff sind zu begehen, sind aus heutiger Sicht nicht absehbar, aber eines ist heute bereits klar. Dieses Referendum und der Ausgang ist ein Pyrrhussieg der Nationalisten und Europagegner. Eines ist auch klar. Bezahlen werden es die Arbeitnehmerinnen. Wenn, man muss sich das vorstellen, wenn eine Währung innerhalb von wenigen Stunden auf den tiefsten Stand seit 40 Jahren fällt, der Euro deutlich verloren hat und die Aktien europäischer Banken bis zu 20 % nachgegeben haben, dann ist die Antwort auf die Frage Brexit und die Folgen für Salzburg. Jede Schwächung eines Mitgliedsstaates ist auch eine Schwächung für unser Land, sei es wirtschaftlich, demokratiepolitisch oder sozial.

Sollen wir uns nicht fragen was können wir dazu beitragen, dass Europa aus dieser Krise gestärkt hervorgeht und warum, frage ich mich, ist die Kluft zwischen der EU und den Menschen, wie es immer wieder auch betont wird, so groß? Es hängt nicht nur an der mangelnden Einbindung der Bevölkerung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sondern auch an der Doppelzüngigkeit vieler Politikerinnen in ganz Europa. Wir erleben es auch in Öster-

reich immer wieder. Alles Gute kommt von uns, alles Schlechte kommt aus Brüssel. Der Brexit, da gebe ich dem Herrn Landeshauptmann Recht und auch der Frau Präsidentin, der Brexit ist eine Antwort der Wählerinnen auf das Zeitalter der Ungleichheit, und das ist kein Zitat von Linken, das ist ein Zitat der Bank of America. Wörtlich heißt es so: "Es ist ein Proteststurm der Wählerinnen und Wähler gegen die Ungleichheit, die wachsende Ungleichheit und die Globalisierung in unserer Welt."

Ich muss schon sagen, weder die Mitgliedsstaaten, da sind wir inkludiert die Österreicherinnen und Österreicher, noch die EU haben sich ausreichend gegen diese Tendenz der Ungleichheit und der Globalisierung gewehrt und dem entgegen gewirkt. Die Gruppe, und das ist das Problem, die Gruppe der VerliererInnen wird immer größer und ein großer Teil der Bevölkerung hat in den letzten 15 Jahren Reallohnverluste hinnehmen müssen. Hier muss ich fragen: Stimmt es, wohin steuert Europa? Nein, hier könnten wir einiges selber in die Hand nehmen. Das ist nicht nur der Fehler Europas.

Was will ich damit sagen? Es gibt andere Faktoren, die eine größere, viel größere Auswirkung auf unser Land, auf Österreich, auf Salzburg haben, als der Brexit. Wir müssen uns fragen, was können wir tun und was tun wir, um mehr Einfluss auszuüben, wohin Europa in Zukunft steuern soll. Die Lösung ist jedenfalls nicht, dass wir jetzt anfangen, über einen Austritt Österreichs aus der Europäischen Union zu diskutieren. Das wäre ein Supergau für ein Land, ein kleines Land, mitten in Europa, exportorientiert, das würde sehr, sehr vieles zerstören, was wir erkämpft haben, der Herr Landeshauptmann hat es bereits ausgeführt. Ich kann nur eines sagen. Den großen Herausforderungen der Zukunft, sei es Sicherheit, seien es die Migrationsströme, der Klimawandel kann weder Salzburg noch Österreich alleine entgegentreten. Die Antwort muss sein, gemeinsam grenzüberschreitend und europäisch, der Brexit ist eine Warnung für uns. Europa muss dringend seine Politik ändern, aber das machen wir gemeinsam und nicht indem wir sagen wir treten aus. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir werden diese Zeit dann bei der weiteren Wortmeldung der SPÖ berücksichtigen.

Ich darf jetzt die Schülerinnen und Schüler der Höheren Technischen Bundeslehranstalt und Versuchsanstalt Salzburg mit Frau Prof. Mag. Huber sehr herzlich bei uns im Landtag begrüßen. Schön, dass Sie heute live eine Landtagssitzung mitverfolgen. Wir sind mitten in der sogenannten Aktuellen Stunde und das Thema lautet: Brexit - Folgen für Salzburg und wohin steuert die Europäische Union und wir sind mitten in der Debatte. Als Nächster zu Wort kommt für die Grüne Fraktion Kollege Hofbauer.

Abg. Heilig-Hofbauer: Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Grüß Gott auch an das große Publikum und das junge Publikum, das heute da ist. Es freut mich ganz besonders!

Der Brexit. Ich finde der Brexit ist ein Lehrbeispiel für verantwortungslose Politik oder besser für verantwortungslose Politiker. Ich möchte kurz drei Personen hinter dem Referendum vorstellen und dann ein paar Schlüsse für uns daraus ziehen.

Erstens: David Cameron, der britische Premierminister, war selbst jahrelang ein scharfer EU-Kritiker. Mit dem Referendum wollte er eigentlich parteiinterne Flügelkämpfe um die EU ein- für allemal abstellen. Seine Devise britische Extrawürste. Stichwort Britenrabatt, und die EU gleichzeitig als Sündenbock, das ist eigentlich ganz ok. Raus aus der EU wollte er nicht, von der Anti-EU-Stimmung profitieren aber schon. So hat er mit dem Versprechen, ein Referendum abzuhalten, auch noch die letzten Wahlen ziemlich deutlich gewonnen.

Zweitens: Boris Johnson. Dem ehemaligen Bürgermeister Londons war die Brexit-Diskussion bis vor wenigen Monaten ziemlich egal. Das kann man in verschiedenen Interviews nachlesen. Das Bürgermeisteramt sollte jedoch nicht seine letzte Karrierestufe gewesen sein und Ziel war es, Premier zu werden, und da kam ihm dann plötzlich die Brexit-Kampagne ganz gelegen.

Drittens: Nigel Farage, der Gründer und Vorsitzende der nationalistisch extremen EU-Austrittspartei Ukip, kämpfte schon seit über 20 Jahren für eben diesen EU-Austritt. Er hätte vermutlich auch noch Jahrzehnte weitergekämpft, hätte er nicht unerwartet Schützenhilfe von den beiden schon vorgestellten konservativen Politikern bekommen. Von einem, der Premierminister bleiben wollte, und von dem zweiten, der es unbedingt werden wollte.

Dann kam das, was sich eigentlich niemand vorgestellt hatte, nämlich 52 % für den Brexit. Blankes Entsetzen bei Cameron sowie Johnson. Man soll sich die Fotos einmal anschauen, es ist wirklich aufschlussreich. Nur Nigel Farage hat sich kurz gefreut. Die großen Versprechen, die vor der Kampagne, vor dem Referendum gemacht wurden, wurden dann aber ganz schnell relativiert und revidiert, zurückgenommen und in Abrede gestellt. Die Währung ist abgestürzt, es wurde erwähnt. Viele Unternehmen denken laut nach darüber, abzuwandern. Die Aussichten sowohl für die Wirtschaft als auch für den Arbeitsmarkt sind sehr, sehr düster, wie eine gestern veröffentlichte Untersuchung zeigt. Schottland und Nordirland wollen in der EU bleiben und diskutieren ernsthaft den Austritt aus dem Vereinigten Königreich. Aus Great Britain wird vermutlich bald Little Britain.

Was machen die Verantwortlichen? Sie stehen sich aus der Verantwortung. Cameron hat seinen Rücktritt angekündigt und will das Austrittsgesuch selbst nicht einreichen und verantworten. Diese heiße Kartoffel schiebt er seinen Nachfolgerinnen und Nachfolgern zu. Boris Johnson hat plötzlich doch keine Lust mehr, Brexit-Premier zu werden. Die Scherben sollen lieber andere aufkehren und Nigel Farage ist dann auch noch zurückgetreten, angeblich weil er sein Ziel erreicht hat, die unangenehmen Nebenwirkungen dieses Erfolgs will aber auch er nicht verantworten.

"Die Ratten verlassen das sinkende Schiff", kommentierten verschiedene Medien dazu. Andere wiederum wurden ganz euphorisch. So zum Beispiel FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer, der postwendend den Öxit ins Spiel brachte und auch ein Referendum in Österreich forderte. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Stimmt nicht, hat er widerrufen!)

... Ich zitiere aus einem Interview: „Bei einer Fehlentwicklung der EU ist Hofer dafür, über eine Öxit, also über einen Austritt Österreich aus der Union nachzudenken. Wenn man die Weichen innerhalb eines Jahres mehr in Richtung Zentralismus stellt, anstatt sich auf die Grundwerte zu besinnen, dann müssen wir für Österreich fragen, ob sie hier noch Mitglied sein wollen.“ Aber langsam dämmert auch der FPÖ, dass der Brexit kein Erfolgsmodell ist. Erste Umfragen zeigen, dass gerade in besonders euroskeptischen Ländern die Zustimmung zur EU steigt und die Forderung nach ähnlichen Referenden deutlich an Popularität verliert. Die Reaktion der FPÖ kommt uns ganz bekannt vor. Revidieren, Relativieren, alles nicht so gesagt, alles nicht so gemeint, so zum Beispiel Herbert Kickl gestern im ORF-Report. Das Gute daran ist, man kann dieser Art verantwortungsloser populistischer Politik die rote Karte zeigen am 2. Oktober mit einer Stimme für Alexander van der Bellen. Wir sind entschlossen, auch diesen dritten Wahlgang deutlich zu gewinnen mit einem Abstand, der wesentlich größer ist als 30.000 Stimmen.

Wir brauchen keine Politik der einfachen Antworten und des Spaltens, der leeren Versprechen, des Zündeln und des Spielens mit dem Feuer. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Politik der guten Lösungen in Salzburg, in Österreich und in Europa. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für den Klub der FPÖ, Freie Partei Salzburg, Klubobmann Karl Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren in den Zuschauerrängen!

Ja jetzt waren drei flammende, vier flammende Reden für die EU. Ich möchte das Brexit, die Abstimmung in Großbritannien einmal ein bisschen aus einer anderen Seite, aus einem anderen Licht beleuchten.

Ich war vor ungefähr fünf Jahren in England und sollte dort einen Rettungshubschrauber über den Kanal von England nach Österreich fliegen, der jetzt in Hinterglemm tätig ist. Es war ganz lustig. Ich bin spät in der Nacht angekommen, habe im Hotel angerufen, ob ich ein Zimmer bekomme. Ja. Ich wollte das Taxi besteigen, wollte natürlich unwissend, dass die Engländer den Euro und Europa so derart fast hassen, steige ins Auto ein, beim Taxifahrer, will mit Euro zahlen: „We don't accept Euro!“ Dann bin ich in das Hotel hinein, habe wieder zurückfahren müssen auf den Flughafen und dort schlafen, weil auch im Hotel wur-

de mir gesagt: „We don't accept Euro!“ So ist es mir gegangen. Mein ganzer Aufenthalt in Großbritannien.

Als ich dann am Abend vernommen habe, vor der Abstimmung am Freitag, lieber Herr Landeshauptmann, dass 52 % für den Verbleib in der Europäischen Union sind, habe ich mir gedacht na ja, haben sie es wieder schön hingedreht, haben sie die Bevölkerung schon wieder eingeschüchtert. Morgens wachten wir alle auf und es war so, dass offensichtlich die Bevölkerung anders abgestimmt hat.

Jetzt gehe ich einmal, ganz egal ob das richtig oder falsch ist, Ihr seid alle glühende Europäer, was mir in Euren Reden wirklich gefehlt hat, ist wirklich auch die Erkenntnis, dass diese EU wirklich große Fehler gemacht hat und wenn sie diese Fehler weiter machen wird, es egal ist, ob wir einen Öxit wollen oder nicht, sie nicht weiter bestehen wird. Das ist das große Problem. Wie geht man mit Wahlen um? Kaum war in Österreich die Wahl geschlagen für, und zwar das ist ein europäisches und österreichisches Problem, für die Bundespräsidentenwahl, hat man schon geschaut wie kann man jetzt die Wahl rückgängig machen. Ich habe als interessierter Beobachter und als Politiker nicht einen Vorwurf gehört vom Höchstgericht, von der Politik, dass irgendwo Wahlen manipuliert wurden, dass eine Stimme falsch zugeordnet wird. Trotzdem haben wir uns der Lächerlichkeit preisgegeben und bis auf Haiti und ich glaube irgendein afrikanischer Staat hat es noch nie eine Wahlwiederholung gegeben. Die größte Blamage für Österreich. Unglaublich für mich, obwohl niemand festgestellt hat, dass Unregelmäßigkeiten passiert sind.

Bei der letzten Landtagswahl, Kollege Walter Steidl, kannst Du Dich erinnern, haben wir reklamiert beweisbare Dinge, es wurde unter den Tisch gekehrt, es wurde uns nicht einmal erlaubt, nachzuschauen in der Landeswahlbehörde, ob unsere Vorwürfe stimmen. Da haben die Gerichte ganz anders entschieden. Jetzt frage ich mich, wenn offensichtlich nur das Problem da war, dass irgendwo Wahlergebnisse zu früh in den Medien, in die Öffentlichkeit gekommen sind, und damit das Wahlverhalten von Menschen beeinflusst wurde, ja wie dumm halten wir denn die Menschen. Dann würden ja alle nur in der letzten Minute wählen gehen, weil sie warten und sagen jetzt möchte ich wissen wie haben die anderen gewählt, so wähle ich auch. Also wenn wir schon so weit sind und wenn man dann hergehen und sagt ok, da wurden Fehler gemacht, Schlampigkeiten, aber nicht nur bei dieser Wahl, sondern auch bei der Landtagwahl, auch bei der Nationalratswahl, tun wir etwas, dass so etwas nicht mehr passiert, dann in Ordnung.

Jetzt zurück zum Brexit. Kaum war der Brexit, hat man sich bemüht zu sagen eh nicht war. Jetzt wollen die Schotten austreten, brauchen das Ganze eh nicht zur Kenntnis nehmen. Der Herr Schelling, der hoffentlich nicht irgendwann einmal sich Schilling nennen muss, hat gesagt das bleibt eh alles beim Gleichen und man bemüht sich ständig, Wahlen, Entscheidungen der Bevölkerung umzudrehen. Das ist für mich etwas, wo ich sage wo leben wir eigentlich noch. Der Herr Landeshauptmann hat die Verfassung zitiert. Österreich, Deutschland. Da geht es Dir wirklich kalt über den Rücken, da gebe ich Dir völlig Recht, Wilfried, aber wo sind wir eigentlich, dass wir Entscheidungen der Menschen unter wirklich

fadenscheinigen Vorwürfen nicht mehr zur Kenntnis nehmen und versuchen, die Dinge abzuwenden oder umzudrehen, obwohl sich die Bevölkerung entschieden hat. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur Geschäftsordnung! Bitte Herr Kollege Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Frau Präsidentin!

Gemäß § 32 Abs. 5 des Salzburger Geschäftsordnungsgesetzes des Landtages trete ich mein Rederecht an die freiheitliche Abgeordnete Marlies Steiner-Wieser ab.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Kollegin Steiner-Wieser, Du hast das Wort.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, möchte ich schon eine Botschaft an den Abgeordneten Simon Hofbauer schicken, dass ich ihm sage ich finde diese Wahlanfechtung völlig in Ordnung. Von meiner Seite her gibt es klarerweise eine Stimme aus voller Überzeugung für Norbert Hofer und ich darf Dir ...

(Zwischenruf Abg. Heilig-Hofbauer: Überraschend!)

... nur sagen, bitte arbeite ein bisschen weniger ideologisch verblendet.

Die Insel hat entschieden. Europa heult auf. Im Gegensatz zu vielen anderen nationalen und internationalen Politikern akzeptieren wir von der FPÖ einen direkt demokratischen Volksentscheid und wir respektieren auch so die Abstimmung der Briten, denn damit haben sie ihre Souveränität wieder gewonnen und wir verstehen diese Entscheidung. In den letzten Jahren sind genug Belastungen von der EU für die Menschen in diesem Europa gekommen und die Europäische Union befindet sich seit Jahren auf einem falschen, zentralistischen Weg und ist in vielen Bereichen gescheitert. Ich frage mich wirklich allen Ernstes wie viele Weckrufe braucht es noch, bis diese Europäische Union endlich erkennt und akzeptiert, dass sie dringend Reformschritte benötigt.

Ich sehe daher den demokratischen Willen der Briten als Chance an. Als Chance, dieses Europa neu zu formen. Ein Europa, das die Menschen wollen, und nicht nach den Vorstellungen von einem Herrn Juncker oder einem Herrn Schulz. Ich erinnere da nur an CETA, wie sie das durchdrücken wollten. Gott sei Dank ist es aufgrund der einzelnen Länder wird es in den nationalen Parlamenten besprochen. Wir müssen weg von einem Brüssler Zentralstaat hin zu einem Europa der Vaterländer, hin zu einer Stärkung der nationalen Parlamente, wo die Bevölkerung auch in die Entscheidungen miteingebunden wird. Wir müssen das Instrument der europäischen Bürgerinitiativen mehr nutzen. Das Versagen der EU ist durch die Briten deutlich aufgezeigt worden.

Es heißt jetzt Reformen sind notwendig, bevor als letzte Konsequenz, und das würde ich wirklich zutiefst bedauern, das Projekt Europa scheitern und die Union auseinanderbrechen würde. Wenn die Union jetzt nicht bereit ist, Reformen zu setzen, weg von einer Brüssler Bürokratisierung hin zu einer Demokratisierung, dann wird es auch notwendig sein, bei uns hier Druck auszuüben. Das Friedensprojekt Europa muss eine Wirtschaftsunion und eine Werteunion sein, aber keine zentralistisch politische Union. Ich glaube spätestens jetzt muss es eben einleuchten, dass die Entwicklung in vielen Bereichen eine falsche war und die europäische Politschickeria hat in den letzten Jahren oft gegen die Interessen der Völker gehandelt. Das Ergebnis in England zeigte die Diskrepanz deutlich auf zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung, und das ist im Brexit deutlich sichtbar geworden.

Ich persönlich kann es mir zwar nicht vorstellen, dass es tatsächlich zu diesem Austritt kommen wird, aber es schadet der EU wahrlich nicht, die Rute ins Fenster gestellt bekommen zu haben, und sollte es zu einem Brexit kommen, geht die Welt auch nicht unter und Salzburg auch nicht.

Aufgrund des relativ geringen Handelsvolumens mit Österreich, dürften mit wenigen Ausnahmen die Auswirkungen eines Austritts auf Österreich eigentlich eine geringe sein. Im Außenhandel tut sich zwischen Österreich und Britannien relativ wenig. Rund 3 % unserer Ausfuhren gehen ins Königreich und rund 2 % der Einfuhren kommen von dort. Salzburgs Wirtschaftsmotor Nummer eins, der Tourismus, ist vom Brexit auch nicht sonderlich betroffen. Es hat jetzt schon Grenzkontrollen, Passkontrollen gegeben für die Briten, sie haben einen Pfund gehabt zum Wechseln, sie werden nach wie vor kommen. Der Pfund ist mittlerweile Gott sei Dank wieder etwas gestiegen und ich glaube wir sollten die Kirche lieber im Dorf lassen und nicht Horrorszenarien wegen des Referendums malen, sondern uns wirklich allen Ernstes hier miteinander Gedanken machen, wie wir ein Europa schaffen können, in dem wir uns alle wohl fühlen. Danke. (Beifall Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die ÖVP in der nächsten Runde Kollege Schöch! Bitte!

Abg. HR Dr. Schöch! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem aber liebe Schülerinnen und Schüler!

Nachdem wir jetzt eine Aktuelle Stunde gehabt haben zur Bundespräsidentenwahl, darf ich wieder auf das eigentliche Thema zurückkommen und vielleicht ein ganz konkretes Beispiel auch anführen, weil wir so junge Zuhörerinnen und Zuhörer haben.

Vor wenigen Tagen hatte ich das Vergnügen, eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern hier in diesem Haus begrüßen zu dürfen, etwas herumzuführen und auch mit ihnen zu diskutieren, was heute leider nicht möglich ist, weil wir da im Modus eher des Frontalunterrichtes sind und weniger in der Diskussion, aber vielleicht lässt sich das nachholen. Alle die Schülerinnen und Schüler waren um die Jahrtausendwende logischerweise geboren und für sie ist ganz natürlich und ganz logisch, dass sie eingebettet sind in dieses System der Euro-

päischen Union. Eine staatliche Organisation außerhalb der Europäischen Union war für diese Damen und Herren, für diese jungen Schülerinnen und Schüler historisch wahrscheinlich gleich weit entfernt wie die Monarchie. Allen diesen jungen Menschen war aber sehr klar, dass der Austritt Großbritanniens für sie ganz persönlich, für sie ganz persönlich eine gravierende Folge haben könnte, nämlich dass ein Auslandsstudium in Großbritannien, in den Universitäten von London, Brighton, Manchester, wie sie alle heißen diese renommierten Universitäten, vielleicht nicht mehr möglich sein wird. Es ist zumindest unsicher und es wird darauf ankommen, wie die Verhandlungen zwischen Brüssel und London dann abgeschlossen werden. Aber Folgen wird es haben, weil wenn großbritannische Politiker sagen es bleibt eh alles so wie es ist, ich glaube wir wissen alle, dass das sicher nicht so sein wird.

Derzeit gibt es ungefähr 500 bis 600 Studentinnen und Studenten, die aus Österreich jedes Jahr im Rahmen des Erasmusstudiums in Großbritannien ein solches machen und das ist ganz, ganz wichtig, dass wir hier über den Tellerrand blicken. Es ist ungeheuerlich, wie schnell eigentlich diese Entwicklung gegangen ist. Wenn ich an mein eigenes Studium zurückdenke, kann ich mich noch erinnern, dass ich einmal in das Rektorat gewandelt bin und gesagt habe ich würde gerne „Auslandssemester“ - unter Anführungszeichen - auf der Universität München machen, weil ich in Wien studiert habe. Die erste Antwort war klar und sofort: Angerechnet wird Dir sicher nichts und Stipendium gibt's dafür auf keinen Fall. Solange ist es auch noch nicht her, wie ich dieses Studium gemacht habe. Über den Tellerrand zu blicken, ist nicht für die studierende Jugend wichtig, sondern ist, glaube ich, für alle Jugendlichen.

Ich hatte vor wenigen Tagen das Vergnügen, in der Berufsschule für Tourismusberufe Köche, Kellner, Touristiker in Obertrum draußen bei diesem Landescup dabei sein zu dürfen. Fantastische Ergebnisse, engagierte Jugendliche, wirklich eine Freude zu sehen, was unser duales Ausbildungssystem in diesem Bereich hier zusammenbringt. Alle wollen nach Ende ihrer Ausbildung auch ein entsprechendes Auslandssemester, Auslandsspracherfahrung machen, weil natürlich auch insbesondere das Englische im Tourismusbereich zu einer zentralen Kompetenz gehört. Dafür brauchen diese Jugendlichen nicht anzusuchen, sie brauchen nicht nachzufragen, sie brauchen kein Visum zu beantragen und sie brauchen keine Zulassung irgendwo zu erwirken. Sie machen es einfach. Diese Entscheidung nach ihrem Willen, nach ihrem freien Willen, nach ihrer Freiheit können sie treffen und das ist, glaube ich, einer der wesentlichen Punkte der Europäischen Union, die sich auch nicht in Zahlen fassen lassen, so wie die politische Stabilität, die hier für uns schon selbstverständlich und insbesondere für die jungen Menschen selbstverständlich ist.

Unsere Jugend kann ausweichen, wenn das nicht mehr möglich sein sollte, in andere Länder wie Frankreich, Spanien, Italien oder unser Partnerland Litauen, aber für die britische Jugend wird es etwas schwieriger werden und darum hat ja bekanntermaßen diese Altersgruppe, die Jugendlichen, ganz eindeutig sich für den Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen.

Aber es ist, glaube ich, wesentlich zu kurz gegriffen, wenn man sagt, dass diese Abstimmung nur eine Abstimmung zwischen Jung und Alt gewesen wäre und den „Alten“ - unter Anführungszeichen - Nostalgie oder Engstirnigkeit vorzuwerfen. Auch die alten Briten sorgen sich um ihr Land und auch die alten Briten sorgen sich um die Zukunft ihrer Jugend. Aber sie ziehen wahrscheinlich falsche Schlüsse. Sie machen die Europäische Union für Fehler verantwortlich, die eigentlich im Bereich des Nationalstaates liegen. Aber es ist kein Wunder, dass die heute alte Generation über Jahrzehnte natürlich ihr von der Politik, aber auch von der veröffentlichten Meinung eingeredet worden ist, dass Brüssel an allem schuld ist, was in diesem Land schief läuft und die logische Konsequenz für diese Generation war daher den Brexit zu wählen. Ich glaube hier gibt es sehr klare Parallelitäten nicht nur von Großbritannien und unserem Land, sondern in vielen anderen europäischen Ländern.

Ich glaube Kernpunkt muss es sein, und es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, dass die Europäische Union sich in der Form ändert, die Kommission hat es ja auch vor, das Kleine nicht mehr zu regeln und nur mehr das Große zu regeln und nur so wird Europa weiter überleben, weil sonst wird es nicht mehr mit den Bürgern sein, sondern von den Bürgern abgewählt werden. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen-Abgeordneten, der Abg. Führhapter und Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die SPÖ Klubvorsitzender Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren auf den Zuschauerbänken!

Als Demokraten müssen wir die Entscheidung der Briten akzeptieren, einfach akzeptieren, hilft ja letztendlich nichts. Klug wäre es aber auch, so glaube ich, sich Zeit zu nehmen zu überlegen, warum haben die Briten, wenn auch knapp, aber doch mehrheitlich so entschieden. Nachzudenken wäre auch und zu überlegen, warum haben die Befürworter und die politischen Proponenten dieses Austrittes so schnell und quasi über die Hintertür die politische Bühne verlassen.

Es gibt ein ähnliches Bild, weil derselbe Geist meiner Meinung nach dahinter gestanden ist, wie bei der Finanzkrise. Da haben sich auch Finanzlobbyisten und Finanzzyniker an den gut gedeckten europäischen Tisch gesetzt, haben dort feudal getafelt und haben, wie sie fertig waren, die Tafel verlassen, haben nicht nur das schmutzige Geschirr übergelassen, das wir wegräumen mussten, sondern haben uns auch noch die Rechnung unbezahlt liegen gelassen. Genau in diesem Geist ist auch dieser Austritt der Briten aus der Europäischen Union passiert.

Mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich weiß auch viele andere Linksdemokraten genauso wie Wertkonservative in der Politik stimmte die Lage in Europa mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise und dann noch verstärkt durch die Flüchtlingsproblematik eher pessimistisch, weil sich die Regierungschefs seit dem Jahr 2008 über den Ernst der

Lage, die diese Finanzkrise ausgelöst hat, nicht im Klaren waren zum Unterschied von Generationen der Politikerinnen und Politiker, die vor ihnen regiert haben.

Was meine ich damit? Es war in den 70er Jahren, in den 1970er Jahren, als Griechenland, als Portugal und Spanien aus eigener Kraft heraus die Militärdiktatur abschütteln konnten, sich daraus befreien konnten. Angetrieben natürlich auch durch das Demokratie-, durch das Wirtschafts- und Friedensprojekt Europäische Union und die drei Ländern wurden dann letztendlich auch aufgenommen in die Europäische Union nicht, weil sie wirtschaftlich so stark waren, nein, weil es Politiker gegeben hat namens Giscard d'Estaing oder auch Helmut Schmidt, die der Meinung waren und wussten Griechenland, Spanien und Portugal brauchen jetzt, um ihre Demokratie festigen zu können, auch diese wirtschaftliche Solidarität auf der Europäischen Ebene.

Der Unterschied von damals zu heute, zur aktuellen politischen Situation: Es war Angela Merkel, die meinte am Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise jetzt muss jeder bei sich zu Hause quasi aufräumen und es muss ein jeder für sich selbst schauen, wie er mit der generell hohen Arbeitslosigkeit fertig wird, wie er mit der beruflichen Erstausbildung und der Perspektivenlosigkeit der jungen Europäerinnen und Europäer in all den Ländern fertig wird, wie ich meine eine tickende Zeitbombe nach wie vor die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa und wie jedes Land selbst schauen muss, wie es mit dem Generationenvertrag und wie es mit der Gesundheitsversorgung weitergeht.

Diese Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, leitete diese ungute und unselige Renationalisierung in Europa ein, die wir jetzt überall finden können, und das ist auch ein Teil der Antwort dessen, was in Großbritannien passiert ist. Wir können alle nur hoffen, dass dieser Rumppler noch zur rechten Zeit gekommen ist und es wird letztendlich auch an uns liegen und den Le Pens und alle, die sich um Le Pen scharren, auch im eigenen Land, den politischen Nährboden des Populismus zu entziehen, weil wir schauen müssen, dass der demokratische Teil, der soziale Teil in der Europäischen Union mit handfesten Taten und Entscheidungen gestärkt wird, nicht mit Sonntagsreden. Der erste Beweis, den können wir gleich liefern mit CETA und TTIP.

Wir müssen eine Demokratisierung der europäischen Institutionen einfordern, auch in unseren Parteien thematisieren und unsere Vertreter in den europäischen Gremien dadurch auch stärken. Wir müssen uns einsetzen für eine neue Wirtschaftspolitik, für öffentliche Investitionen, die unsere öffentlichen Budgets und Haushalte bei Kreditfinanzierungen nicht behindern, sondern die Arbeitsplätze schaffen, die Arbeitsplätze sichern und die Steuertricksereien, wie es in Luxemburg stattgefunden hat unter dem jetzigen Kommissionspräsidenten Juncker, das müssen wir ächten und auch mit Sanktionen belegen.

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. Wir brauchen ein glaubwürdiges Europa, ein solidarisches und demokratisch lebendiges Europa. Nur so können wir ein drohendes politisches Vakuum für alte Nationalismen erfolgreich verhindern und liebe Marlies Steiner-Wieser, wie ein nationales Europa der Vaterländer endet, zeigen die zahllosen Helden-

friedhöfe in all den europäischen Ländern. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die Grünen Kollegin Sieberth. Bitte!

Abg. Mag.^a Sieberth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen oder Zuschauer im Internet, aber auch live hier vor Ort! Ich freue mich, dass Ihr da seid.

Es ist schon viel gesagt worden und vielem kann ich mich anschließen. Ich habe versucht, auch anders über das Thema nachzudenken und möchte die Frage stellen: Was ist denn eines der ältesten Konfliktmuster, die wir Menschen kennen? Es ist das Davonrennen. Kann ich etwas nicht lösen, renne ich davon. Die Sache ist aus der Welt, sie ist aber eigentlich nicht gelöst. Gesellschaften haben sich weiterentwickelt. Wie haben sie sich weiterentwickelt? Sie haben gesehen, dass doch Kooperation und durch Zusammenarbeit eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten entstehen kann. Kooperation findet auch auf Augenhöhe statt. Das heißt es ist etwas, wo man sich auf gleicher Ebene begegnet und sich gleich wertschätzt.

Was hat das jetzt mit dem Brexit zu tun? Für mich ist der Brexit ein Zurückfallen auf diese Stufe des Davonrennens. Populisten haben in Großbritannien den Menschen Angst gemacht. Sie haben Angst geschürt. Sie haben Probleme, die durchaus existieren, der EU in die Schuhe geschoben und haben sozusagen gesagt wir rennen davon, das ist unsere Wahl der Methode. Jetzt gibt es eine Mehrheit dafür und tatsächlich stehen wir vor einer großen Planlosigkeit.

Was hat uns denn eigentlich 70 Jahre Frieden gebracht in Europa? Wir haben keinen Krieg hier. Rund um uns fetzt es, in Europa gibt es keinen Krieg. Sind wir nicht ziemlich frei, in dem was wir tun? Haben wir nicht den Segen, in Sicherheit zu leben? Gerade wenn wir sehen, wie die Situation für Flüchtlinge ist. Wir haben die nicht. Wir leben in Sicherheit. Das hat die Zusammenarbeit geschafft und nicht das Davonlaufen. Wir sind nicht in der Situation aktuell, davonlaufen zu müssen. Die Analyse, was in Großbritannien gerade läuft, ist ganz gut getroffen worden schon. Es ist Planlosigkeit auf höchstem Niveau. Die Politiker, die sich für den Austritt eingesetzt haben, sind alle zurückgetreten. Firmen sagen Investitionen ab. Arbeitsplätze werden verloren gehen. Dem Staat gehen dadurch Steuereinnahmen verloren und das trifft wiederum die Menschen, weil da fehlt das Geld dann für die Bildung, für die Gesundheit und für das Soziale in England.

Das heißt wer sich auf Populisten verlasst, ist verlassen. Das sieht man jetzt in England ganz deutlich. Wir haben auch, weil die Frage ist ja wie bezieht sich das auf Österreich oder auch auf Salzburg, wir haben auch solche Kräfte in Salzburg und in Österreich, die mit dem Öxit spekulieren. Wir haben den Präsidentschaftskandidaten, der das offen angesprochen hat, und wir haben auch eine FPÖ-Chefin, die sagt die Briten, die waren ganz schön

mutig. Ich weiß nicht, ob die Briten sich jetzt gerade sehr mutig fühlen, ich glaube die fühlen sich gerade sehr verlassen.

Wenn man dann schaut vor welchen Herausforderungen steht Europa im Bereich der Umwelt, im Bereich der Sicherheit, im Bereich der sozialen Sicherheit, auch im Bereich der Wirtschaft, ist es nur logisch, das kann ein kleiner Staat wie Österreich nicht alleine schaffen. Wie soll denn das gehen? Wir brauchen die Zusammenarbeit und alles andere führt zu einem Zerfall, zu einem Zerfall von Europa, zu einem Zerfall der Freiheit, zu einem Ende des Friedens, zum Ende der Sicherheit und dort will ich sicher nicht hin.

Das letzte Mal, wie ich den Brexit diskutiert habe, das war auch mit jungen Menschen, da war das European Youth Parliament in Salzburg und wollte von uns wissen, wie wir den Brexit sehen und in der Diskussion ist auch ganz klar geworden Ihr, die Ihr da sitzt, aber auch viele, die bei dieser Diskussion dort waren, die sind in einer EU geboren, das ist der Status quo für die, das ist der Bereich, wo sie sein wollen und wo sie auch das genießen was die EU bringt. Die Reisefreiheit, die Ausbildungsfreiheit, die Freiheit zu arbeiten wo man möchte in der EU, die Freiheit auch zu studieren wo man möchte. Das Beispiel vom Kollegen Schöchel ist sehr eindringlich. Auch ich habe in Holland ein halbes Jahr studiert und es war sehr, sehr einfach, das in die Wege zu leiten und es wurde auch unterstützt durch europäische Gelder. Das alles will ich mir nicht zerstören lassen. Ich finde wir sind fähig, durch Kooperation, durch Zusammenarbeit an Verbesserungen zu arbeiten. Diesen Weg müssen wir gehen, aber wir müssen sicher nicht davonrennen.

Ich schließe mich den Vorrednerinnen der pro Europa Stimmung an. Lasst uns um Europa weiter kämpfen. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Karl Schnell, Du hast noch einmal das Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!

Frau Kollegin Sieberth, wir leben in Sicherheit. Das ist schon ein bisschen übertrieben. Bei jedem Koffer, der irgendwo steht, oder am Flughafen oder wenn ein Moslem die Hände hinauftut vor der Billa zum Beten, ist schon die Sondereinheit da. Also das mit der Sicherheit würde ich mir ein bisschen überlegen.

Ich glaube es gibt drei wichtige Themen, die in der nächsten Zeit beherrschend sein werden. Das ist die Diskussion Grexit, Brexit, Öxit. Ihr braucht Euch keine Sorgen mehr machen, weil wenn ich heute die ÖVP, die SPÖ, die Grünen gehört habe und lese was die FPÖ, der Bupo Strache, der von Armin Wolf fünfmal gefragt wurde Austritt aus der EU nein. Dann der Herr Hofer, der jetzt revidiert hat, Präsidentschaftskandidat, wir müssen dort bleiben in der EU, hier in der EU mitzuwirken. Die Aussagen vom Herrn Kickl und von der Frau Svazek im Pongau, wo sie sagt sie ist eine glühende Europaverehrerin, dann braucht Ihr Euch keine Sorgen machen. Dieses Thema Öxit ist erledigt, weil wer soll es machen in

Österreich? Die Roten nicht, die Schwarzen nicht, die Grünen nicht und die Bupos auch nicht. Also das ist erledigt.

Das zweite Problem ist die Völkerwanderung. Das Flüchtlingsproblem, das uns erwischt hat, die Völkerwanderung, die wirklich den Menschen Angst macht. Das Thema muss die EU behandeln, liebe Freunde. Das ist sicher ein großer Einfluss.

Dann gibt es ein drittes Thema für mich, das ist CETA, TTIP, wo die Menschen sich wirklich fürchten, dass der Globalisierungswahnsinn hier übergreift und wirklich unseren Wirtschaftsraum in Österreich beherrscht. Da muss ich Euch schon fragen, liebe Freunde, wir haben hier einen einstimmigen Beschluss bezüglich TTIP. Wir haben einen mehrstimmigen Beschluss bezüglich CETA. Habt Ihr das gemerkt, in keinem einzigen Medium in Salzburg, weder in der Krone noch in den Salzburger Nachrichten, noch im ORF ist das jemals gebracht worden. Warum? Weil man das nach außen gar nicht haben will, weil man gar nicht will, dass man sieht, dass nicht nur die FPÖ völlig dagegen ist oder die ÖVP und die Grünen und vielleicht auch die SPÖ. Nein, man will es gar nicht. Man bezeugt hier im Landtag möglicherweise etwas, was man im Herzen gar nicht politisch lebt. Das ist eigentlich für mich schlimm. Das verstehe ich nicht. Wenn ich heute in einer Salzburger Zeitung lese, dass der Herr Pühringer und der Herr Pröll gegen CETA und TTIP sich aussprechen, aber wir nicht.

Jetzt muss man die Reaktionen der EU-Politiker nach diesem Brexit sich anschauen. Sofort hat man versucht, hier CETA, TTIP der Subsidiarität zu entziehen und alleine in Brüssel zu bestimmen. Genau die falsche Antwort auf das, was in England passiert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Herr Landeshauptmann hat die wirtschaftlichen Probleme angesprochen. Völlig richtig. Aber das könnte man zum großen Teil mit der Aufhebung der Russlandsanktionen bitte wettmachen. Ich frage mich schon, warum die Nato ausgerechnet jetzt an den Grenzen Russlands in der Nähe Lettland, Litauen, glaube ich, Nato hier militärische Übungen veranstalten muss und Säbelrasseln veranstalten muss. Passt das wirklich in das Bild, das wir wollen? Ist das wirklich das? Sollten wir nicht friedlich mit unseren Nachbarn und mit allen Staaten umgehen, verhandeln und dafür Sorge tragen, dass wir hier nicht nur Befehlsempfänger von Übersee sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sollte man sich schon überlegen. Da bitte ich auch die Mitwirkung von Euch. Ich höre nur das Positive ständig. Warum aber diese Entscheidung so getroffen wurde, warum die Menschen wirklich, wenn man da drüben ins Taxi einsteigt oder ein Hotel bezahlen will, jeder schreit: We don't accept Euro. Da muss man sich etwas überlegen. Was ist da los? Wie gesagt Öxit ist erledigt. Da gibt es niemand, der das will offensichtlich in Österreich. CETA, TTIP haben wir beschlossen, wäre ich glücklich darüber, wenn das auch einmal in die Öffentlichkeit käme und wie wir mit dem Flüchtlingsstrom umgehen, da habe ich Hoffnung, wenn ich gestern den Innenminister im ZIB gehört habe. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubobmann Helmut Naderer, Team Stro-nach Salzburg. Die letzte Wortmeldung.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich glaube nicht, dass die Engländer, die Briten das Abstimmungsergebnis deswegen zustande gebracht haben, weil sie so eine Aversion gegen den Kontinent oder gegen die Bevölkerung hier am Kontinent hätten, sondern das ist ein klares Misstrauensvotum gegenüber den Institutionen in der EU. Dort läuft vieles schief und anscheinend will das überhaupt kein Mensch ändern. Das sind super dotierte Posten, die dort von den Beamten und auch von den Politikern innegehalten werden und damit sind alle zufrieden und wenn das Volk aufmuckst, dann macht man wieder eine Verordnung, dass man mit viel Bürokratie und sonstigen Hindernissen konfrontiert ist, dass die Bevölkerung dann wieder ruhig ist, wie wohl natürlich mir schon auch klar ist, dass die Briten nicht unbedingt einer einheitlichen Politik sind. Sie haben ein anderes Geld. Sie fahren mit dem Auto auf der anderen Seite. Sie sitzen auch anders beim Autofahren. Das ist alleine schon etwas, wo man sagen kann, wenn man in einem gemeinsamen europäischen Land ist, dass man zumindest auf der gleichen Seite Autofahren sollte. Aber gut, das Besondere ist immer anders.

Sonst haben sie auch viele Ausnahmen bei der Finanzierung, bei den Mitgliedsbeiträgen haben sie damals mit der Eisernen Lady, mit der Margaret Thatcher das erreicht mit den Worten: I want my money back, dass sie auch weniger zahlen in den EU Topf. Jetzt sind sie weg.

Was hat das für Auswirkungen auf Salzburg, war die Fragestellung zur Aktuellen Stunde. Ich denke einmal, wenn 800.000 Briten im Jahr in Österreich Urlaub machen, wie es die Statistik sagt, dann wird auch ein Gutteil davon in Salzburg Urlaub machen und für die Hotellerie ist das sicherlich kein erfreuliches Zeichen, weil ja überhaupt noch nicht klar ist, ob das Verhältnis Pfund zu Euro gleich bleibt oder ob es sich verschieben wird und ob es da zu Verteuerungen für den Urlauber kommen kann. Natürlich auch die ganzen Folgebetriebe. Ich denke auf den Flughafen Salzburg, der natürlich auch in den Wintermonaten, samstags sehr viele Maschinen aus dem englischen Bereich abfertigt. Da sind sicher Einbußen zu erwarten, aber ich glaube nicht, dass es in einer Größenordnung ist, die wir wirklich spüren. Natürlich kann eine Abwertung vom Euro auch für Eigenheimfinanzierer eine schlechte Nachricht sein, weil es kann natürlich sein, wenn ich einen Fremdwährungskredit habe, dass ich dann entsprechend mehr zahle, aber das sind alles so Wenn und Aber.

Was ich mir auf jeden Fall erwarte vom Land Salzburg ist, wir haben eine Standortagentur. Ich habe in den Nachrichten vernommen, viele englische Konzerne suchen jetzt einen Standort in der EU. Ich denke, dass die Salzburg Agentur hoffentlich da schon unterwegs ist bei diesen Konzernen und sagt, Salzburg wäre ein attraktiver Standort für diese Konzerne, die jetzt einen Standort in der EU haben wollen, und wir somit Nutznießer dieser Situation sind und nicht unbedingt Verlierer.

Ich habe zuerst gesagt, diese vielen Missstände in der EU. Ich denke da auch an die Griechenlandmisere. Jetzt ist mir einmal bewusst geworden, Griechenland hat nur gut zehn

Millionen Einwohner und wir haben Hunderte Milliarden an Euros dorthin gezahlt. Wisst Ihr, was das pro Einwohner ist? Das sind ein paar hundert tausend Euro pro Einwohner, was man denen an Hilfe gezahlt hat. Was ist mit dem Geld passiert? Wenn man das den Leuten direkt gezahlt hätte wahrscheinlich, wäre die Lage nicht so exorbitant oder auch die Flüchtlingskrise. Was da voriges Jahr von statten gegangen ist, was da durch Österreich durchgeschleust worden ist, ohne zu wissen wie der heißt, wann er geboren ist oder zumindest den Fingerabdruck abzunehmen, sind einfach durchgeschleust oder bei uns dann aufgenommen worden.

Ich war diese Woche beim Landesrat Schwaiger auf dem Milchgipfel, den er dankenswerterweise einberufen hat und da ist mir eigentlich klar geworden, wie regional unsere Wirtschaft ist. Diese Hotelleriebetriebe, die von der Hogast beliefert werden, die beziehen die Milch nicht aus Salzburg, sondern auch nicht aus Piding, das hätte ich mir noch eingehen lassen, sondern aus Hamburg. Das war mir etwas ganz Neues. Also dass die Milch von Hamburg nach Salzburg gefahren wird und wir einen Milchüberschuss haben und teilweise nur mehr 17 Cent pro Liter Milch bezahlt wird von den Käsereien, weil sie gar nicht mehr bezahlen können, damit sie wettbewerbsfähig bleiben, das glaube ich sind die Sachen, wo das Land Salzburg ansetzen könnte und müsste mit einer Aktion, die es offenbar auch schon in Kärnten gibt. Der Bauer braucht den Gastwirt und der Gastwirt braucht den Bauer. Der Bauer braucht den Gastwirt damit er ihm die Milch abnimmt und der Gastwirt braucht den Bauern damit er die Landschaft pflegt, damit der Tourist auch eine schöne Gegend hat und dieses gewohnte Almenland und Bergland in Österreich auch entsprechend schön dargestellt ist.

Ich denke, wir hätten viele Ansatzpunkte, wo wir da die Situation zum Besseren bewenden können und wie gesagt eine Bitte an die Regierung, die Salzburg Agentur möge beauftragt werden, hier umgehend tätig zu werden, um diese abwanderungswilligen Konzerne aus London bei uns vielleicht in Salzburg anzuwerben. Danke. (Beifall der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde abgeschlossen und ich bitte die Zweite Präsidentin für die mündlichen Anfragen, Fragestunde, den Vorsitz zu übernehmen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen zu

Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Eingebracht wurden fünf mündliche Anfragen. Zur Information auch unserer Zuschauer. Nach der Fragestellung hat das befragte Mitglied der Landesregierung fünf Minuten Zeit zu

antworten und der Fragesteller kann noch zwei Minuten replizieren. Wir kommen zur ersten

5.1 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat Mayr betreffend den Bau neuer geförderter Wohnungen für das Projekt „Wohnen auf Zeit“

Du hast das Wort.

Abg. Fürhapter: Danke Frau Vorsitzende.

Wohnraum zu schaffen, ist gerade in der heutigen Zeit, wo es immer mehr Singles, Bedürftige und sozial schwache Menschen mit dringendem Wohnbedarf gibt, eine der zentralsten Aufgaben. Medienberichten zufolge war zu entnehmen, Herr Landesrat, dass eine neue Förderkategorie für die Errichtung von gemeinnützigem Wohnraum geplant ist. Bis 2018 sollen aus diesem Grund 500 Wohnungen unter dem Arbeitstitel "Wohnen auf Zeit" realisiert werden. Primäres Ziel ist es, für sozial schwache Menschen Wohnraum zu schaffen. Diese sollen vor allem für Österreicherinnen und Österreicher, möglicherweise nach Trennungen oder kurzfristig obdachlose Personen, in Österreich lebende EU-BürgerInnen oder anerkannte Flüchtlinge bereitgestellt werden. Diesen Menschen soll die neue Fördersparte vorübergehend eine gesicherte Existenz bieten. Grundsätzlich ist Wohnraum für bedürftige Menschen sehr wichtig, da es hier aber zu großen sozialen Spannungen und Konflikten kommen kann, muss es bestimmte Regeln geben, um ein friedliches Miteinander sicherstellen zu können.

Ich stelle meine erste Frage, und zwar: Wie wollen Sie sicherstellen, Herr Landesrat, dass die geplanten Wohneinheiten für in Not geratene Menschen mit vorübergehendem Wohnbedarf bereitgestellt werden?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Danke Frau Abgeordnete. Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass es sich bei der angedachten Förderung um Wohnmöglichkeiten für Menschen mit kurzfristigem Wohnbedarf handelt. Das können Obdachlose, Wohnungslose sein oder Menschen, die einfach aus irgendwelchen persönlichen Gründen einen kurzfristigen Wohnbedarf haben. Diese Wohnungen sollen errichtet werden durch gemeinnützige oder gewerbliche Bauträger und mit einem nicht rückzahlbaren Förderzuschuss begünstigt werden. Was dann ganz wichtig ist, diese Wohnungen können nur durch einen sozialen Träger Caritas, Diakonie, Hilfswerk, was auch immer, in Summe angemietet werden und dieser soziale Träger muss dann in Folge ein Betreuungskonzept erstellen, damit diese Menschen, die in diesen Wohnungen dann wohnen werden, auch eine Möglichkeit finden, wieder zurück in den Arbeitsprozess zu kommen.

Ich sage das jetzt deshalb so genau, weil da jetzt eine Diskussion war für das erste Projekt in der Stadt, wo plötzlich die Stadt Salzburg das Zuweisungsrecht haben wollte. Das kann

nicht funktionieren, weil dieser soziale Träger ist uns gegenüber verpflichtet, dass auch den Menschen geholfen werden kann. Wenn jetzt dann von anderer Seite Menschen zugewiesen werden können, dann kann der soziale Träger diese Verantwortung auch nicht wahrnehmen. Also das muss auf jeden Fall in einer Hand sein und das ist mir so wichtig.

Vielleicht noch ein paar Ergänzungen. Nach dem § 42 Abs. 2 des Wohnbauförderungsgesetzes 2015 können zusätzliche Bedingungen und Auflagen vorgesehen werden. Ich werde mich da sehr genau abstimmen mit dem Sozialressort von Landesrat Dr. Schellhorn und wir werden diesen Bereich gemeinsam tragen. In Summe glaube ich, dass das eine ganz wichtige Einrichtung werden wird gerade für dies über tausend Menschen, die in Salzburg wohnungslos sind, dass man jetzt diesen Menschen wieder eine Chance gibt, über eine fixe Wohnung, die Basis für alles ist, wieder in den Arbeitsprozess zurückzufinden. Ich möchte auch in weiterer Folge, und das will der Landesrat Schellhorn genauso, dass wir zumindest einen jährlichen Bericht bekommen, wie die Entwicklung dieser Menschen dann stattgefunden hat, ob ihnen geholfen werden konnte oder auch nicht.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Bitte!

Abg. Fürhapter: Zusatzfrage: Wenn diese Betreuung, wie Sie sagen, von der Caritas, Diakonie vorgenommen werden soll, habe ich die Befürchtung, nicht nur ich, sondern viele andere Menschen auch, dass das ein Umwegmodell ist, dass man da wieder nur asylberechtigte Menschen reinbringt oder wie soll sonst, das wäre die zweite Unterfrage, wie soll eben so ein Betreuungskonzept aussehen, wenn in einem Haus gleichzeitig normale obdachlose Menschen sind, die ihren Job verloren haben oder die nur kurzfristig eine Trennung hinter sich haben, kurzfristig für ein Jahr etwas brauchen, aber gleichzeitig Haftentlassene, drogenkranke Menschen, Asylberechtigte, alleinerziehende Mütter, wie will man das schaffen, das ist meine Frage, wie will man da ein Betreuungskonzept schaffen, das für alle akzeptabel ist.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Genau aus diesem Grund gibt es jetzt keine Vorgaben zu diesem Betreuungskonzept. Das heißt es ist durchaus angedacht, dass mehrere kleine Einheiten entstehen werden und dass es in diesen Einheiten vielleicht Schwerpunkte gibt. Ich sage auch ganz dezidiert dieser Förderungsbereich ist nicht vorgesehen für Flüchtlinge in der Grundversorgung, sondern für Menschen, die keine Wohnung haben zu dem Moment. Wenn jemand natürlich jetzt ein Bleiberecht hat, dann haben diese Menschen natürlich auch das Recht auf Wohnen. Das heißt sie sind in diesem gesamten Bereich drinnen.

Diese humanitäre Einrichtung legt dann uns ein Konzept vor, mit welchen Schwerpunkten ein Wohnbereich bewohnt werden soll. Heinrich Schellhorn und ich mit unseren Spezialistinnen und Abteilungen werden dann befinden, ob das für uns ein Konzept ist, das für uns nachvollziehbar ist, wo auch Erfolgsaussichten bestehen, Menschen wirklich zu helfen,

wieder oder in den Arbeitsprozess zu kommen. Das wird der Schwerpunkt dieser Förderung sein.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Bitte!

Abg. Fürhapter: Zusammenfassung: Ich möchte nur eines noch anmerken. Ich würde es sehr schade finden, wenn in Zukunft Projekte, wie das zum Beispiel in der Hüglergasse, nicht zustande kommen, weil man über das Zuweisungsrecht streitet. Wobei streitet, die Stadt hat das jetzt beschlossen, und ich hoffe, dass zuerst immer geschaut wird, dass Salzburgerinnen und Salzburger Zugang zu dieser Wohnform haben und sie sich auch als Wohnbaulandesrat dafür einsetzen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Damit kommen wir zur zweiten

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchl an Landesrat Mayr betreffend die geplante Trasse der EuRegio-Bahn

Bitteschön!

Abg. HR Dr. Schöchl: Danke Frau Präsidentin. Herr Landesrat!

Als Ausweg aus der Verkehrsmisere im Zentralraum Salzburg gilt in erster Linie die Verlagerung von der Straße auf die Schiene. Dass dies funktionieren kann, zeigt sich auch am Beispiel der S-Bahn. Bereits seit Jahren wird ergänzend dazu über den Bau der EuRegio-Bahn diskutiert. Wie berichtet wurde, soll die geplante Trasse in der nächsten Zeit eingereicht werden. Diesen Berichten ist aber auch zu entnehmen, dass von Seiten einiger Gemeinden Unzufriedenheit bezüglich der geplanten Trassenführung geäußert wurde.

Ich darf daher folgende Anfrage an Dich stellen. Wie ist der genaue Zeitplan für die Einreichung der Trassenführung? Und wenn Du gestattest die Unterfragen auch gleich. Welche Einreichung soll von wem an welche Behörde vorgenommen werden? Welche Möglichkeiten bestehen für die Gemeinden, um auf die Trassenführung im Sinne ihrer Interessen Einfluss zu nehmen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Landesrat Mayr: Danke Herr Abgeordneter. Ich bin immer noch der ganz festen Überzeugung, dass dieses Projekt der EuRegio-Bahnen für die gesamte Mobilitätssituation in Stadt und Land Salzburg von eminenter Wichtigkeit sein wird. Ich bin mir aber auch klar, dass dieses Projekt einer Entscheidung zuzuführen ist. Es macht keinen Sinn, wenn wir das jahrelang irgendwo mittragen, ob es kommt oder nicht kommt, und ich würde mir sehr wünschen, dass noch in diesem Jahr da wirklich eine Entscheidung fällt.

Zu den konkreten Fragen: Ein genauer Zeitplan für die Einreichung für das Projekt der Lokalbahnverlängerung bis Hallein, das gibt es noch nicht. Der nächste Schritt ist, dass wir vom Bundesministerium auf Beamtenebene eine Stellungnahme bekommen werden und was ich so an Rauchzeichen vernehme, wird diese Stellungnahme eine positive sein für die Errichtung dieser EuRegio-Bahnen. Und dann kommt der ganz große politische Part. Da gibt es jetzt schon einen Gesprächstermin zwischen dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Bürgermeister und mir, dass wir auf Salzburger Ebene hier zu einer klaren Meinung kommen. Wenn wir das Projekt EuRegio-Bahnen positiv finalisieren möchten, dann muss es eine klare und einheitliche Meinung aus Stadt und Land Salzburg geben, sonst sind die Chancen sehr gering.

Der nächste große politische Gesprächstermin wird dann in Wien stattfinden mit dem Finanzminister, mit dem Infrastrukturminister und wieder mit der Runde Landeshauptmann, Bürgermeister und mit mir. Wenn diese Entscheidungen gefallen sind, erst dann werden wir in die nächsten Planungsschritte treten. Eine Einreichung und mögliche Trassenführung in der EAB-Studie ist in einem Schritt der Trassenkorridore im Sachprogramm Raumplanung und Verkehr vorgesehen und diese dient vor allem als raumplanerische Vorsorgemaßnahme zur Sicherung der möglichen Planungsgebiete. Die genaue Abstimmung der Trassen mit den Gemeinden wird im Zuge der Planung der Lokalbahnverlängerung erfolgen. Hier ist im ersten Schritt die Erarbeitung eines Vorprojektes geplant, mit dem abhängig von der Finanzierungszusage des Bundes für das Projekt aus heutiger Sicht frühestens im Jahr 2017 begonnen wird. Dann beginnt bei einem Infrastrukturprojekt dieser Größenordnung dieser Planungsprozess, der inklusive UVP-Verfahren rund sechs Jahre dauern wird.

Zur zweiten Frage: Im Sachprogramm Raumplanung und Verkehr werden die Trassen der Lokalbahnverlängerung bis Hallein und die Trasse der Mondseebahn bis Eugendorf, wie sie im Zuge der EAB-Studie ermittelt wurde, als Planungskorridor gesichert. Für die Verlängerung der Lokalbahn durch die Stadt Salzburg bis Hallein wird sich auf Wunsch der Gemeinde Anif darauf verständigt, dass es zwei mögliche Varianten im Sachprogramm geben wird. Das zweite Hörungsverfahren soll demnächst durchgeführt werden. Bei diesem Hörungsverfahren können dann die betroffenen Gemeinden ihre Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist abgeben.

Die Trasse, die ursprünglich durch Anif vorgesehen wurde, nämlich Richtung Autobahnauffahrt quer durch ein landwirtschaftlich sehr hochwertiges Feld hindurch, die wird es mit größter Wahrscheinlichkeit nicht geben. Wir möchten aber mit den dezidierten Planungen wirklich erst dann beginnen, wenn es die politische Einigung gibt, dass wir das Thema Eu-Regio-Bahnen weiterverfolgen werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Bitte!

Abg. HR Dr. Schöchli: Danke Herr Landesrat für die Fülle an Information. Du hast eine Gemeinde ganz konkret angesprochen Anif. Ich möchte eine zweite noch ansprechen, die Gemeinde Hallwang, die ebenfalls Bedenken gegenüber der geplanten Trassenführung hat.

Vielleicht könntest Du dann diese Einreichung für das Sachprogramm Raumplanung, Verkehr, habe ich das richtig verstanden, dass das erst nach den politischen Gesprächen passieren wird, die in den nächsten Monaten zu erwarten sind, somit könnte man rechnen, wenn das positiv abgeschlossen wird, um Jahreswende oder so.

Landesrat Mayr: Genauso ist es. Es ist der Gemeinde Hallwang jetzt einmal aus heutigem Wissen eine Variante vorgeschlagen worden, die offenbar nicht den Vorstellungen der Gemeinde Hallwang entspricht. Genauso wie es bei Anif bei der Fall ist im zweiten Hörungsverfahren, kann dann die Gemeinde ihre Vorstellungen einbringen und es wird natürlich so behandelt werden, dass es hier eine gütige Einigung geben wird.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Zusammenfassung!

Abg. HR Dr. Schöchl: Danke. Nur eine Zusammenfassung oder Schlusswort. Ich finde es sehr begrüßenswert, dass man diese Entscheidung wirklich einer politischen Entscheidung zuführen will möglichst rasch, weil Unsicherheit bedingt natürlich immer, dass dann Gerüchte entstehen und da ist es, glaube ich, sehr wichtig, diese Entscheidung in Stadt und Land möglichst rasch zu fällen, dass man weiß, wie es mit dieser EuRegio-Bahn dann im Endeffekt weitergeht. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Damit die dritte

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend neues Raumordnungsgesetz

Bitteschön!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Astrid!

Du wirst Dir vielleicht denken täglich grüßt das Murmeltier, aber nachdem der Landtag bis heute noch immer keinen Entwurf hat, darf ich folgende mündliche Anfrage stellen.

Die Diskussion um die Erstellung eines neuen Salzburger Raumordnungsgesetzes zieht sich mittlerweile doch länger hin. Bei der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen als auch in Medien kündigt die Landesregierung das neue Gesetz regelmäßig an. Zuletzt wurde in einer Anfragebeantwortung gesagt, dass der Entwurf der Novelle noch vor dem Sommer dem Salzburger Landtag vorgelegt wird.

Ich darf daher folgende mündliche Anfrage stellen. Wann wird die Salzburger Landesregierung dem Landtag die Novelle des Raumordnungsgesetzes zuleiten?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Abgeordneter. Ja, ich kann die wiederholte Anfrage sehr gut nachvollziehen. Ich bin auch schon ein wenig in Ungeduld und wäre gerne schon in einer anderen Position, dass ich den Entwurf schon auch öffentlich zur Diskussion stellen kann, aber bekanntermaßen ist die Raumplanung ein Thema, dass eben sehr, sehr viele Interessen berührt und kein ganz einfacher Verhandlungsprozess ist, weil eben auch Änderungen entsprechend angepasst werden müssen.

Ich kann berichten, über welche Punkte inzwischen in den sehr intensiv geführten Verhandlungen schon soweit Einigkeit besteht. Die nächste Verhandlungsrunde wird morgen stattfinden, damit wir im Sommer diese Punktation der Legistik zuleiten können. Es gibt die Einigung im Bereich der Handelsgroßbetriebe, im Bereich der Zweitwohnsitze, dem Bereich Baulandmobilisierung und Infrastrukturabgabe sowie die Regionalplanung. Da ist es ein wichtiges gemeinsames Anliegen, dass die Regionalplanung künftig verpflichtend ist.

Offen sind allerdings noch Punkte über das Ausmaß und den Umfang der verpflichtenden Inhalte eines Regionalprogrammes oder auch ein allfälliger Überarbeitungs- und Revisionszeitpunkt. Das sind Details, an denen wir noch arbeiten. Offen sind noch Fragen über die Stellung und Qualität von Bebauungsplänen und der Bereich Bauten im Grünland. Da gibt es einen Vorschlag, der noch fertig abzustimmen ist.

Aus diesen Themen allein lässt sich aber natürlich ableiten, dass sehr viele Interessen betroffen sind. Gerade der Bereich Baulandmobilisierung, befristete Widmung, allfällige Verpflichtung zur Rückwidmung. Dementsprechend gibt es auch intensive Verhandlungsrunden, die derzeit auch weitergeführt werden. Nach wie vor ist es mein fester Entschluss, so rasch wie möglich diese Punkte auch abzuschließen und der Legistik zuzuleiten. Es ist auch der Konsens zwischen den Regierungspartnern und ich hoffe, dass wir in den nächsten Tagen, Wochen, im Sommer das endgültig zuleiten können für die legistische Bearbeitung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Mir ist zu Ohren gekommen, dass irgendwie von beiden Regierungspartnern an eigenen Entwürfen einer Raumordnungsnovelle gearbeitet wird, die dann irgendwie gegenseitig ausgetauscht werden und abgeklärt werden, ob sie möglich sind. Ist das richtig oder ist das nur ein Gerücht?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Das ist tatsächlich ein Gerücht. Es gab sehr wohl einen legistisch formulierten Textvorschlag vom Regierungspartner, der aber in den derzeitigen Gesprächsrunden nicht Gegenstand ist, sehr wohl wir uns bemühen, Inhalte aus allen Vorschlägen, die uns zweckmäßig erscheinen, einzubauen, aber der aktuelle ROG-Text des bestehenden Gesetzes ist auch jener, an dem weitergearbeitet wird. Was in den vergangenen Monaten durchaus hilfreich war, war die sehr konstruktive mediale Debatte, in die sich möglichst viele einbringen. Die Wichtigkeit und auch die Dringlichkeit der Grundstücksmobilisierung ist ein Problem, das sehr viele Gemeinden betrifft. Eine breite

öffentliche Debatte empfinde ich als sehr förderlich auch für die Verhandlungen, weil das Anliegen damit präsent ist.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Ist in diesen Verhandlungen, die aktuell stattfinden, sind da Fachexperten und die Fachabteilung miteingebunden oder finden die ausschließlich auf politischer Ebene statt?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Es ist eine Mischform. Es finden intensive politische Runden statt und dazwischen immer wieder ergänzt um Fachexperten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Dann darf ich zusammenfassen. Danke für die Informationen. Ist nicht viel mehr als wie beim letzten Mal und wie Du Dir denken kannst, werden wir das auf den Herbst auf die Akte legen und dann weiter nachfragen. Vielleicht eine Anregung an die Regierung, wenn sie das Papier der SPÖ mit den konstruktiven Vorschlägen sich orientiert, geht es vielleicht ein Stück weit schneller. Ich kann es gerne noch einmal zuleiten dieses Papier an beide Parteien.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Die nächste

5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Novelle des Salzburger Naturschutzgesetzes

Bitteschön!

Abg. Rothenwänder: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Rössler!

Im Oktober 2015 wurde der Entwurf des Salzburger Naturschutzgesetzes 1998 in das allgemeine Begutachtungsverfahren gegeben. Bis heute liegt dem Landtag jedoch keine Vorlage des Gesetzes vor, obwohl bereits mehr als ein halbes Jahr seit Beginn des Begutachtungsverfahrens vergangen ist. Durch die Verzögerung der Vorlage werden wichtige angestrebte Änderungen nach hinten verschoben bzw. können nicht umgesetzt werden.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 der Geschäftsordnung des Landtages folgende mündliche Anfrage. Warum liegt nach mehr als einem halben Jahr immer noch keine Vorlage des Naturschutzgesetzes vor? 1.1 Gibt es aufgrund der Begutachtung weitere Änderungen in diesem Entwurf? 1.2 Wann rechnen Sie mit der Übermittlung der Vorlage des Naturschutzgesetzes an den Landtag?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke, Herr Abgeordneter, auch für diese Anfrage. Das Naturschutzgesetz war in Begutachtung und hatte in dem Begutachtungsverfahren doch eine sehr große Anzahl an Stellungnahmen. Es waren insgesamt 26 eingelangte Stellungnahmen, die tatsächlich sehr detailliert und auch sehr umfangreich waren. Allein die Zusammenfassung der eingelangten Stellungnahmen, nämlich die Zusammenfassung, die mir schon von der Abteilung vorgelegt wurde, hatte 30 Seiten, die sehr kompakt und komprimiert dargestellten Vorschläge, die eingelangt sind. Die teilnehmenden Institutionen bei der Begutachtung des Naturschutzgesetzes reichten von den üblichen Interessensvertretungen, angefangen von Industriellenvereinigung über die Landwirtschaftskammer, Gemeindeverband, Städtebund, Salzburg AG, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, bis natürlich auch zu den bekannten Umweltorganisationen, der Alpenverein, die Naturfreunde, der Naturschutzbund, auch der Umweltdachverband und die Umwelthanwaltschaft. Es kamen auch Stellungnahmen von verschiedenen Fachabteilungen des Landes, auch von den Bezirkshauptmannschaften, praxisorientierte, verfahrensorientierte Anregungen.

In Summe aber zeigt auch die Detailliertheit und der Umfang der Stellungnahmen, dass die Inhalte und auch die Abläufe von Naturschutzverfahren im Land Salzburg extrem gut bekannt sind. Also für mich ist es auch eine Rückmeldung gewesen, dass dieses Gesetz tatsächlich in der Praxis, aber auch im Umgang mit den Interessen, die jeweils dahinter stehen, sehr gut bekannt ist und das Salzburger Naturschutzgesetz auch in der Tat eines der am besten ausjudizierten Gesetze ist. Das heißt, für den Vollzug besteht größte Rechtssicherheit, weil sich im Vollzug der letzten Jahre und auch in der Judikatur tatsächlich Klarheit über die Anwendung dieses Gesetzes herausgestellt hat.

Trotzdem habe ich mir auch die Zeit genommen, diese vielen Vorschläge in der Abteilung, aber auch mit den jeweils betroffenen Absendern der Stellungnahmen auseinanderzusetzen und abzuwägen, welche Vereinfachungen oder/und Verschärfungen im Gesetz Sinn machen könnten. Tatsächlich hat sich nicht mehr sehr viel geändert. Es ist nur in einigen Begrifflichkeiten noch nachgeschärft worden, ohne den Inhalt zu verändern. Beim alpinen Ödland gab es auch noch eine Konkretisierung, aber in Summe keine Änderungen gegenüber dem Entwurf des Gesetzes. Trotzdem war es lohnend, sich auch mit den verschiedenen Anregungen wirklich entsprechend detailliert auseinanderzusetzen.

Das Gesetz ist inzwischen von der Legistik und auch von der Abteilung fertig und freigegeben. Ich habe es heute unterschrieben. Es bedarf daher nur noch der Zustimmung des Regierungspartners und kann dann bei der ersten Sitzung im Herbst dem Landtag zugeleitet werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Rothenwänder: Ich darf abschließend zusammenfassen, dass gemäß § 51 des Naturschutzgesetzes die Behörde auf Antrag anstelle einer Untersagung die angestrebte Bewilligung durch eine Ausgleichsmaßnahme erteilen kann. In der Praxis funktioniert das so, dass bei Ausgleichsmaßnahmen geringerer Dimension es oft sehr schwierig ist, räumliche Zu-

sammenhänge dieser Ausgleichsmaßnahme zuzuführen. Aus diesem Grund soll daher die Möglichkeit bestehen, dass vom naturschutzrechtlichen Sachverständigen ein ermittelter Geldbetrag in den Naturschutzfonds eingezahlt werden kann. Dadurch wird auch ermöglicht, dass fertig geplante Maßnahmen, ich darf hier ein Beispiel anführen, z.B. die gewässerökologische Maßnahme in St. Margarethen, die oft nur wegen Fehlen eines geringen Geldbetrages nicht durchgeführt werden können, aber dann doch aus diesem Fonds zum Schutz und zur Verbesserung der Natur zur Verwirklichung gebracht werden können. Es wäre daher sinnvoll, diese Möglichkeit auch in das Gesetz aufzunehmen und ehestmöglich einzurichten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Die letzte

5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend zuckerhaltige Getränke - „Getränkeautomaten - Check“

Herr Abgeordneter, Du bist am Wort.

Abg. Mag. Schmidlechner: Herr Landeshauptmann!

Im März 2016 hat sich der Salzburger Landtag mit dem Thema zuckerhaltige Getränke an Schulen beschäftigt und folgendes einstimmig beschlossen.

Punkt eins: Maßnahmen, Aktionen und Projekte zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention in Schulen weiter fortzusetzen und zu intensivieren. Zweitens: In diesen Prozess auch Schulbuffet- und Kantinenbetreiber verstärkt einzubinden. Drittens: Weiters sollten alle Schulen mit Getränkeautomaten die Bestückung dieser Geräte im Rahmen des Best Practice Models „Getränkeautomaten-Check“ wissenschaftlich kontrollieren lassen, sodass eine Hilfestellung für die Schulen im Umsetzungszeitraum gewährleistet ist. Um die Nachhaltigkeit der Veränderung zu gewährleisten, sollte eine regelmäßige Überprüfung angestrebt werden.

Dazu stelle ich gemäß § 78 folgende Anfrage. Welche Maßnahmen haben Sie als Ressortverantwortlicher für die Salzburger Schulen zu Punkt 1, 2 bzw. 3 des genannten Beschlusses des Salzburger Landtages gesetzt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Herr Abgeordneter, danke für die Anfrage. Ich möchte festhalten, dass aufgrund des gesundheits- und ernährungsspezifischen Aspektes der Antrag amtsintern der Abteilung 9, Ressort Stöckl, zugeteilt wurde. Ich möchte aber ganz grundsätzlich dazu sagen, dass der Verkauf zuckerhaltiger Getränke an den Schulen primär den Bereich der Sekundarstufe 2, der 14 bis 19-Jährigen, und somit vor allem den Bundesschulbereich betrifft.

In zahlreichen Volks- und neuen Mittelschulen gibt es mit den Eltern die Vereinbarung, von zu Hause keine gesüßten Getränke mitzunehmen. Ganz generell ist die Linie, und die ist auch mit dem Landesschulrat, der Landwirtschaftskammer und dem Gesundheitsressort abgesprochen, dass die Aufklärung über die gesunde Ernährung und Lebensweise und deren Auswirkung auf Gesundheit und Wohlbefinden wesentlich nachhaltiger gesehen wird, als allein das Verbot von Softdrinks an Schulen, wo doch die Schüler ohne weiteres die Möglichkeit haben, um die Ecke zu gehen und dann die Drinks in Supermärkten zu kaufen.

Ich warne auch vor einer Überbevormundung. Wir trauen den 16-Jährigen zu, bei sämtlichen Wahlen, Gemeinderat, Landtag, Nationalrat, Bundespräsident, EU-Parlament zu wählen, sie dürfen über 100 m Schanzen hinunterspringen, aber wir wollen sie bevormunden, was jetzt zuckerhaltige Getränke betrifft.

Ich glaube Aufklärung ist hier das Wesentliche und die Zuständigkeit muss man dort hingeben, wo sie hingehört, das sind die Schulgemeinschaftsausschüsse. Dort wird das Angebot von Schulbuffets und Getränkeautomaten diskutiert. Ich wehre mich einfach gegen diese generelle Bevormundung der Leute bei uns, egal ob sie 16 oder 60 oder 80 sind. (Beifall Klubobmann Abg. Dr. Schnell und Abg. Mag. Mayer)

Also die Aufstellung von Getränkeautomaten bzw. die Auswahl ist eine Angelegenheit des Schulbuffetbetreibers, eine Angelegenheit des Schulerhalters und soll unmittelbar im Schulgemeinschaftsausschuss besprochen werden. Da sind die Lehrer drinnen, da sind die Eltern drinnen und die geht es primär etwas an.

Aber ganz abgesehen davon haben wir eine Reihe von Aktionen und Projekten zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention in den Schulen durchgeführt und intensivieren diese auch. Zum Beispiel das Projekt „Trink Wasser in der Schule“, um Kinder und Jugendliche über die hohe Qualität des Salzburger Wassers zu sensibilisieren, wird dieses Projekt von Seiten des Landwirtschaftsressorts im Bereich Landesrat Sepp Schwaiger durchgeführt. Die Aktion hat 2009/2010 begonnen an 25 Schulen, jetzt sind es schon 73 Schulen und wir haben mit über 2.000 Kindern einen Teilnehmerrekord. Ziel ist neben der Bewusstseinsbildung für den hohen Wert des Wassers auch die Aktion, dass Kinder wieder mehr Wasser trinken anstelle zuckerhaltiger Getränke.

Das Projekt „Gesunde Schule“, das Gesundheitsressort von Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl fördert das Projekt „Gesunde Schule“, bei dem auch der Bereich Ernährung eine wichtige Rolle spielt. Hier ist die Gebietskrankenkasse Projektpartner. Beim Projekt „Gesunde und bewegte Schule Salzburg“ sind mit dem externen Partner AVOS nach Information des Landesschulrates landesweit insgesamt 74 Volksschulen, 15 neue Mittelschulen und drei Sonderschulen beteiligt und über 13.000 Kinder in die laufenden Projekte eingebunden.

Dann gibt es das Projekt „Gesunde Jause“. Die Bäuerinnenorganisation der Landwirtschaftskammer besucht im Oktober mit Informationen und Kostproben, soweit möglich alle

Volksschulen im Bundesland. Dann gibt es das Projekt „Unser Schulbuffet“. Von Seiten des Bildungs- und Gesundheitsministeriums gibt es die Aktion „Unser Schulbuffet“ mit einer großen Zahl an teilnehmenden Schulbuffetbetreibern. Dann gibt es noch viele weitere kleine Projekte wie etwa vom Gesundheitsförderungsfonds Salzburg, von fit for life, vom Männerbüro, vom der BV zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz, Schule, etc., etc.

Ich fasse zusammen. Bei den Getränkeautomaten ist es primär ein Thema im Bundesschulbereich, aber wir sollten die Entscheidungen darüber, welche Getränke dargeboten werden, den Schulerhaltern und dem Schulgemeinschaftsausschuss überantworten und alle Kraft im Bereich der Aufklärung, den Wert gesunder Ernährung, und zur gesunden Ernährung gehört natürlich auch das Trinken, hineinsetzen, damit die Schülerinnen und Schüler ein gesamtheitliches Bild bekommen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Abg. Mag. Schmidlechner: Ich darf zusammenfassen. Also grundsätzlich die Initiativen, die Sie aufgezählt haben, sind mir zumindest zum größten Teil bekannt und die gibt es auch schon länger, schon mehrere Jahre.

Zu Ihrer Position was die Getränkeautomaten betrifft bzw. Selbständigkeit, das kann man durchaus diskutieren, nur Fakt ist, dass es einen einstimmigen Beschluss des Landtages gibt, wo Sie eben aufgefordert werden, hier Akzente zu setzen. Ich gehe einmal davon aus, dass sich der Landtag als Gesamtes, also alle 36, bei dieser Beschlussfassung überlegt haben was sie tun und ich kenne auch die sogenannte Aufgabenaufteilung. Also wir beauftragen Sie und bitten Sie natürlich auch, unsere Aufträge als ausführendes Organ wahrzunehmen. Danke sehr.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Damit ist der Tagesordnungspunkt fünf - mündliche Fragestunde abgeschlossen. Wir haben keinen Tagesordnungspunkt sechs, da keine dringlichen Anfragen eingereicht wurden. Ich rufe

Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse

auf und ersuche die Frau Präsidentin, den Vorsitz zu übernehmen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (hat den Vorsitz übernommen): Danke vielmals. Da noch Zeit am Vormittag ist, würde ich sagen, dass wir jetzt alle Tagesordnungspunkte, alle Punkte und Anträge aus den Ausschüssen, die wir jetzt schon vorliegen haben und am Abend nur mehr die Ergänzungen, die wir aus den Ausschussberatungen des Nachmittages haben, abstimmen. Vorab möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass, wenn Wortmeldungen oder Debatte gewünscht ist, bei einzelnen Tagesordnungspunkten beim Aufruf sichtbar sich zu Wort zu melden, damit wir keine Verwirrungen mehr haben und auch or-

dentlich dann die Wortmeldungen abarbeiten können. Wie immer werde ich zuerst die einstimmig verabschiedeten Anträge zusammenziehen, verlesen und zur Abstimmung bringen.

Einstimmig verabschiedet wurden Top

7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Wacheorganengesetz geändert wird (Nr. 398 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

7.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Bezügegesetz 1992 geändert werden und ein Landes-Sonderpensionsgesetz erlassen wird (Landes-Sonderpensionen-begrenzungsgesetz) (Nr. 400 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

7.7 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Abgabe einer Finanzierungszusicherung bzw. Garantieerklärung zugunsten der Gemeinde Saalbach-Hinterglemm anlässlich der Bewerbung für die alpine Schi Weltmeisterschaft 2023 und folgende gemäß Art 48 L-VG (Nr. 401 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.8 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert wird (Nr. 402 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

7.9 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Scharfetter und Neuhofer betreffend ein Verbot der Patentierung von Pflanzen, Saatgut und Tieren (Nr. 403 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

7.12 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Unterstützung der Salzburger Landwirtschaft (Nr. 406 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

7.13 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten (Nr. 407 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

Zu 7.14 gibt es eine Wortmeldung, die nehme ich heraus und verlese sie nachher noch einmal.

7.15 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend mehr Transparenz und Informationen (Nr. 409 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Heilig-Hofbauer)

7.16 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag. Mayer betreffend eine Novelle der Salzburger Landtagswahlordnung (Nr. 410 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

Wer mit der Verabschiedung einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand dieser einstimmigen Abstimmung. Gegenprobe. Danke. Damit stelle ich die einstimmige Annahme der aufgerufenen Ausschussberichte fest.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zur Geschäftsordnung. Frau Präsidentin! Darf ich mich bitte, nachdem jetzt abgestimmt wurde für den Punkt 7.7 als Vizebürgermeister der Gemeinde Saalbach Hinterglemm beim Landtag noch einmal ganz, ganz herzlich für die Abstimmung danke. (Allgemeiner Beifall)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals für dieses Lob. Ich rufe jetzt den zwar einstimmig verabschiedeten, aber mit einer Wortmeldung versehenen Tagesordnungspunkt

7.14 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend Familienfreundlichkeit im Salzburger Landtag (Nr. 408 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

auf. Bitte, Kollegin Sieberth, Du hast das Wort!

Abg. Mag.^a Sieberth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte diese dritte Lesung nur dazu nutzen, den Beschluss zu präzisieren. Inhaltlich ändert sich nichts. Wir wollen nicht das Referat für Chancengleich mit der Familienfreundlichkeit betrauen, sondern das Referat für Kinderbetreuung, Elementarbildung und Familien, weil dort die Expertise liegt. Ich bitte um ebenso einstimmigen Beschluss und übergebe den Antrag hiermit.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Es ist nur die ausführende Organisationseinheit verändert worden vom Referat für Chancengleichheit hin zum Referat für Familie. Wer mit diesem Antrag und der Abstimmung einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Damit ist auch dieser Punkt einstimmig angenommen. Ich rufe nunmehr auf Top

7.1 **Bericht** des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015 (Nr. 395 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Hier war das Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche

ich um ein Zeichen mit der Hand. Das sind ÖVP, Grüne, Team Stronach, Otto Konrad, Gabi Fürhapter und Entschuldigung - Kollegin Steiner-Wieser - danke, gegen die Stimmen von SPÖ, FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.2 Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015 (Nr. 396 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Fürhapter gegen die Stimmen der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Team Stronach, Otto Konrad und Gabi Fürhapter gegen die Stimmen des Klubs der FPÖ und Steiner-Wieser. Top

7.3 Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2015 (Nr. 397 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, Team Stronach, Otto Konrad, Gabi Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ, FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Jetzt kommen wir zu

7.5 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bestellung eines Baurechtes an einer Teilfläche der landeseigenen Liegenschaft Grst. Nr. 3392, EZ 30011, GB 56537 Salzburg
(Nr. 399 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

und ich habe eine Wortmeldung. Bitte, Kollege Meisl!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben ja im Ausschuss über das Thema Vergabe des Baurechtes an den Bestbieter/Billigstbieter für die Rehr-Schule schon ausführlich diskutiert. Es wurde uns auch seitens des Landeshauptmann-Stellvertreters Stöckl zugesichert, dass wir bis heute noch Informationen erhalten, wie dieses Verfahren bis heute seinen Lauf genommen hat. Er war sehr optimistisch bei den Ausschussberatungen, dass bis heute ein Ergebnis vorliegt über die Konditionen. Und vor allem wollte er die Frage prüfen lassen, ob dem Landtag die Information erteilt werden darf, wer noch im Rennen ist als Bieter bzw. wenn das nicht der Fall ist, warum das nicht als Information an den Landtag gegeben werden darf.

Mittlerweile hat sich die Situation insofern offensichtlich ein wenig verändert, dass gestern ein Artikel in den Medien erschienen ist, wo diese Skepsis, die wir bereits gehabt haben vor vierzehn Tagen, doch ein wenig untermauert worden ist. Darüber hinaus haben wir auch diese Informationen, die zugesagt wurden, nicht erhalten, trotz Nachfragens. Es dürfte offensichtlich so sein, dass in diesem Verfahren wirklich nur ein Angebot gelegt worden ist und dieses Angebot, so nach Meinung von Experten, die ich am gestrigen Nachmittag noch irgendwie erreicht habe, doch kein schlechtes Angebot für den Bieter, aber ein nicht vorteilhaftes Angebot für das Land Salzburg zu sein scheint und das ist jetzt die diplomatische Ausdrucksweise von diesem Angebot. Es stellt sich natürlich jetzt die Frage, ob ein Baurecht an jemanden erteilt werden soll, wo es nur einen Bieter gibt und wo ein Verhandlungsverfahren noch ansteht, das insofern hart sein wird zu verhandeln, weil wenn nur ein Bieter sich gegenüber befindet, dann hat der eine verdammt gute Ausgangsposition beim Verhandeln und das Land Salzburg hat nur zwei Möglichkeiten, nämlich mit diesem Bieter eine Übereinkunft zu treffen mit wenig Karten in der Hand, wie man so schön sagt, für Verhandlungen oder das gesamte Verfahren zurückzuziehen und alles zurück an den Start, was wir auf keinen Fall wollen. Aber was wir auch nicht wollen, ist, dass in diesem Stadium, jetzt, wo es nur ein Angebot gibt, ein Baurecht bereits vergeben wird, weil das wäre die Manifestierung des Zustandes jetzt und dann brauchen wir eigentlich nicht mehr groß weiterverhandeln, wenn das bereits beschlossen wird. Und deshalb stellen wir den Antrag, dass dieser Tagesordnungspunkt heute von der Tagesordnung abgesetzt wird und zur neuerlichen Beratung dem Landtag zugeleitet wird, wenn endgültig klar ist, zu welchen Konditionen jetzt dieser Auftrag vergeben werden sollte, weil es kann dann kein großes Problem sein, innerhalb von kürzerer Zeit auch das Baurecht zu vergeben. Vielen Dank! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Gutschi, bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Ja, lieber Kollege Roland Meisl, ich verstehe das Anliegen Eurer Fraktion und es ist jetzt natürlich unangenehm, dass der Christian Stöckl nicht da ist, weil er eben den Staatsbesuch abzuholen hat. Ich schlage daher vor, dass wir die Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes zurückstellen auf den Nachmittag, wenn wir ja auch die dringlichen Anträge noch abzustimmen haben und dass Christian Stöckl heute am Nachmittag bei den Ausschussberatungen, wo er ja auch seinen Finanzbericht abgibt, dazu kurz Stellung nimmt, wie jetzt da die Sachlage in diesem Zusammenhang ist. Wenn das für Euch so in Ordnung ist, wäre das vielleicht eine mögliche Vorgangsweise. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Seid ihr mit dieser Vorgehensweise einverstanden, dass wir Top 7.5 jetzt nicht abstimmen, die Berichterstattung uns noch anhören und dann am Nachmittag diesen Top quasi aufrufen?

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Dazu Frau Präsidentin, wir sind einmal mit diesem Vorschlag einverstanden. Aber wir behalten uns noch vor dann, dass unser Antrag auch im Plenum dann abgestimmt wird.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Dann stimmen wir jetzt Top 7.5 nicht ab und wir setzen fort und ich rufe auf Top

7.10 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Scheinast, DIⁱⁿ Lindner, Fuchs, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Hofbauer, Mag.^a Sieberth und Klubobmann Schwaighofer betreffend TTIP - Aktualisierung des Landtagsbeschlusses vom 4. Juni 2014

(Nr. 404 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss war ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Gabi Fürhapter gegen die Stimmen der FPÖ, Team Stronach und Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

7.11 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend „Frisch gekochtes Essen an allen Salzburger Schulen“ (Nr. 405 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, FPÖ, Steiner-Wieser und Otto Konrad gegen die SPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, FPÖ, Team Stronach, Otto Konrad, Gabi Fürhapter und Steiner-Wieser gegen die Stimmen der SPÖ.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth und Hofbauer betreffend Frauenförderung (Nr. 411 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

Hier hatten wir eine punktweise Abstimmung. Punkt 1 ÖVP, SPÖ, Grüne, Otto Konrad gegen die FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, in diesem Punkt 1, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Gabi Fürhapter gegen die Stimmen der FPÖ, Team Stronach und Kollegin Steiner-Wieser.

Der Punkt 2 wurde einstimmig im Ausschuss angenommen. Wer für die Annahme des Punktes 2 ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, FPÖ, Team Stronach, Otto Konrad, Gabi Fürhapter und Kollegin Steiner-Wieser.

Damit haben wir die Abstimmung von Top 7 für den Moment abgeschlossen. Ich unterbreche jetzt ...

Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung!

... Bitte, zur Geschäftsordnung!

Klubobmann Abg. Naderer: Frau Präsidentin! Weil wir so bald fertig sind, vielleicht könnten wir am Nachmittag diese eine Stunde oder Dreiviertel-Stunde, die wir jetzt früher fertig sind, auch früher beginnen, dann sind wir am Abend früher fertig.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir setzen im Ausschuss planmäßig um 14:00 Uhr fort. Landeshauptmann-Stellvertreter ist jetzt noch nicht anwesend. Deshalb schlage ich vor, dass wir um 14:00 Uhr fortsetzen. Danke und Mahlzeit!

(Unterbrechung der Sitzung: 11:46 - 16:33 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe noch eine Entschuldigung anzubringen. Es ist noch eine Entschuldigung eingelangt, und zwar hat sich Herr Landesrat Mayr für den Nachmittag noch entschuldigt und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist dafür zwar entschuldigt, aber doch da.

Dann setzen wir fort. Ich rufe nunmehr auf unter Top 7 unsere Beratungen setzen wir auch fort. Top

7.5 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bestellung eines Baurechtes an einer Teilfläche der landeseigenen Liegenschaft Grst. Nr. 3392, EZ 30011, GB 56537 Salzburg
(Nr. 399 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Bitte! Zu Wort meldet sich Kollege Meisl. Du hast das Wort.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben die Debatte jetzt im Ausschuss über die näheren Inhalte dieses Tagesordnungspunktes 7.5 und die Vergabe dieses Baurechtes diskutiert. Aus meiner Sicht wäre es aus heutiger Sicht und mit dem Informationsstand, den wir jetzt haben, fahrlässig, dieses Baurecht zu vergeben, bevor wir nicht wissen, zu welchen Konditionen dieses Gebäude errichtet wird. Deshalb bringen wir den Antrag ein, dass dieser Tagesordnungspunkt in den Ausschuss zurückverwiesen wird und dann zur Abstimmung kommt, wenn wir die entsprechenden Informationen des Verhandlungsergebnisses der Hochbauabteilung mit dem Bieter haben und wir vertun uns dabei auch nichts, weil wir wissen, dass erst im September die Verhandlungen abgeschlossen sein werden voraussichtlich, wenn nichts dazwischen kommt. Wir haben im September die zwei Ausschussberatungen, wo wir das jederzeit einschieben können und Anfang Oktober die Haussitzung, wo das Ganze beschlossen werden könnte.

Also so gesehen vergeben wir uns nichts und es würde weder das Projekt blockiert noch in seinem Fortkommen blockiert. Wir ersuchen um Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Der entsprechende Antrag gemäß § 57 Abs. 3 lit. b liegt mir schriftlich mit den erforderlichen vier Unterschriften vor. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Klubobmann Schwaighofer. Bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben ja unten im Ausschuss gehört vom Baudirektor Nagl, dass der Zeitdruck groß ist. Wir haben das ja selber festgestellt, dass wir seit Jahren bei diesem Projekt dran sind und wir sind der Meinung, dass es keinen wirklichen Grund gibt, das jetzt noch zu verzögern. Es ist ja gerade jetzt auch wieder gesagt worden, das wird dann Oktober. Die Kinder sind jetzt schon ein Jahr, aus welchen Gründen auch immer, in Containern untergebracht und wir sind auch der Überzeugung, dass das, was wir unten vorbesprochen haben, dass es wichtig ist, dass wir die entsprechenden Informationen über das Verhandlungsergebnis bekommen, dass wir dazu die Landesregierung auch verpflichten sollen oder müssen, dass sie dem Landtag dann schriftlich und ausführlich berichtet, wie das Verhandlungsergebnis war.

Ich bitte dieser Ergänzung zum ursprünglichen Antrag, der lautet, nur ganz kurz der Satz: Die Landesregierung wird ersucht, dem Landtag über das Verhandlungsergebnis nach Abschluss ausführlich schriftlich zu berichten, dass wir dieser Ergänzung zustimmen. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Kollege Meisl!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Cyriak!

Das ist eben nicht berichtet worden, dass wenn wir heute nicht abstimmen, dass das Projekt verzögert wird. Es beginnen erst jetzt die Verhandlungen mit dem Bieter über entsprechende Preisnachlässe und die Detailausführungen. Das stimmt eben nicht. Außerdem muss die Altstadtschutzkommission noch über das Projekt drübergehen, die frühestens im Juli tagt. Das ist definitiv falsch, was Du hier sagst. Es wird nichts verzögert, weil auch wir nicht wollen, dass diese Schule verzögert wird.

Eines kann ich Dir auch noch sagen, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen, weil wir sind nicht der Landesrechnungshof, der im Nachhinein prüft, sondern wenn ich die Informationen bekommen kann vor einer Beschlussfassung, und das ist hier möglich in diesem Fall, dann will ich vor einer Beschlussfassung über ein mindestens 20 Mio. Euro Projekt die entsprechenden Unterlagen haben und nicht im Nachhinein sagen: Ach Gott, das war nicht gescheit, dass wir da herinnen einen Beschluss gefasst haben. Weil wir nicht der Landesrechnungshof sind, sondern der Salzburger Landtag. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Es ist nicht so, dass die Verhandlungen erst beginnen, sondern ganz im Gegenteil, die sind schon im Endstadium. Natürlich wird der genaue Preis, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Hat der Baudirektor etwas anderes gesagt!)

... das habe ich auch unten betont, dass seit Monaten die Verhandlungen laufen und es würde extrem verzögert, wenn heute der Landtag da nicht zustimmt.

Faktum ist, Herr Klubvorsitzender, dass selbstverständlich das Verhandlungsverfahren schon längst läuft und nicht erst beginnt. Das habe ich immer gesagt, das habe ich auch das letzte Mal im Ausschuss schon gesagt und habe es heute schon mitgeteilt. Das hat auch der Herr Baudirektor bestätigt, dass natürlich die Endverhandlungen noch stattfinden, aber es ist nicht so, dass begonnen wird erst, sondern dass das letztendlich schon im Endstadium ist. Ich weise einfach noch einmal darauf hin, dass wir dringend diesen Neubau der Schule brauchen und wer das verzögert, muss halt in Kauf nehmen, dass er dem Vorwurf ausgesetzt ist, auf Kosten der Kinder Politik zu machen. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ja genau. Die Regierung bringt ein Jahr lang nichts zusammen und dann wäre die Opposition schuld. Das ist Dein Geist. Das ist Dein Geist!)

... Du warst zuerst zuständig.

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ja genau. Du bist schon drei Jahre zuständig, ich war drei Monate zuständig. Das ist schon ein Unterschied!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Werte Kolleginnen und Kollegen! Am Wort ist Kollege Meisl.

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Politische Murkserei ist das. Ihr bringt nichts zusammen!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Klubvorsitzender, Dein Kollege ist am Wort.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Finanzreferent!

Das ist genau die Wortmeldung, die wir jetzt nicht gebraucht haben, Deine, weil sie nämlich inhaltlich falsch ist, weil der Baudirektor, wenn Du ihm zugehört hättest, hat uns heute berichtet, dass das Angebot abgegeben worden ist, jetzt ein geändertes Projekt durch die Altstadtsschutzkommission geht mit Ende Juli und danach erst ein endgültiges Angebot abgegeben werden kann, das dann verhandelt wird, ob Preisnachlässe noch gemacht werden oder nicht. Ich rede nicht vom Verhandlungsverfahren, Herr Finanzreferent, weil das

wissen wir auch, dass es letztes Jahr im Juli abgegeben worden ist dieses zweistufige Verfahren, aber es besteht keine Eile. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das ist vielleicht in Hallein durchgegangen, aber wir lassen das nicht durchgehen!)

... Wir sind die Letzten, die diese Schule verhindern wollen müssen.

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Unglaublich!)

Lieber Finanzreferent, wir lassen uns das auch nicht umhängen. Es ist nur, dass ein Verfahren offensichtlich ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Unglaublich!)

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Wir schauen, dass etwas weitergeht!)

(Zwischenruf Klubvorsitzender Steidl: Du hast ein Jahr lang nichts zusammengebracht. Das ist die Wahrheit. Jetzt täte er es auf die Opposition schieben. Das kannst Du gut.)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Bitte die Zwiegespräche einzustellen. Es ist noch immer der Kollege Meisl am Wort.

Abg. Ing. Mag. Meisl (setzt fort): Es ist nur offensichtlich so, dass im Verfahren da, ich will gar keine Schuldzuweisungen machen, aber irgendwie ist das nicht ganz rund gelaufen das Verfahren. Ich bekrittelt ja in erster Linie, wie das Verfahren, welche Auswahl des Verfahrens gemacht worden ist, nämlich ein PPB als GU-Verfahren auszuschreiben in einem zweistufigen Verhandlungsverfahren. Das ist nämlich genau das, was der Salzburger Landtag immer gesagt hat was wir nicht wollen und jetzt wird das genauso gemacht mit der Begründung, dass das dann schneller geht.

Tatsache ist, dass diese Verfahren genau dazu dienen, dass Projekte verteuert werden und genau in diesem Fall sind wir jetzt soweit, weil offensichtlich stimmen diese Informationen, die in der Zeitung gestanden sind und da reden wir doch von wichtigen großen Beträgen, weil das weißt selbst Du jetzt, dass so ein Projekt um ca. 12 bis 13 Mio. Euro baubar ist von reinen Baukosten her eingerichtet und wir reden jetzt von Finanzierungskosten, die mehr als das Doppelte sind. Ich habe so ein bisschen das Gefühl jetzt ist man erwischt worden bei etwas, was eigentlich nicht so ganz rund läuft, aber jetzt will man es schnell über die Bühne bringen und der Opposition, uns in dem Fall, den Schwarzen Peter zuschieben. Das werden wir uns nicht lassen, weil das definitiv falsch ist. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Gutschi. Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Manchmal glaube ich wir sind auf verschiedenen Veranstaltungen am Nachmittag im Ausschuss. Ich habe auch sehr gut zugehört was der Herr Baudirektor Nagl gesagt hat und er hat gesagt: Der Gestaltungsbeirat hat noch einmal um die Umänderung des Planes gebeten. Das wird jetzt gemacht. Ende Juli wird es dazu noch einmal eine Sitzung geben und dann ist das Projekt praktisch umsetzbar. Das heißt, jetzt bin ich nicht aus der Baubranche, aber ich weiß auch aus meiner eigenen Erfahrung, dass es im Sommer lustiger ist zu bauen als im Winter und auch im Winter oft nicht möglich ist. Wenn wir erst im Oktober einen Beschluss fassen, dann verzögert sich der Baubeginn auf jeden Fall um ein halbes Jahr. Wenn wir überhaupt zurück an den Start gehen, und das hat der Herr Baudirektor Nagl auch gesagt, um ein ganzes Jahr.

Wir tun jetzt schon viele Jahre herum und ich glaube es ist jetzt an der Zeit, einfach auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler hier diesen Beschluss zu fassen und ich bitte jetzt um Abstimmung. Danke. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Wortmeldungen. Damit ist die Debatte, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, abgeschlossen. Daher bringe ich jetzt, ich ersuche um Aufmerksamkeit und Konzentration, den Antrag gemäß § 57 Abs. 3 lit. b an den Ausschuss rückzuverweisen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Acht Stimmen dafür. Wer ist dagegen? 24 Stimmen dagegen. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung des Antrages, des Abänderungsantrages, der von Cyriak Schwaighofer eingebracht worden ist. Er beinhaltet den Beschlusstext, den ursprünglichen, den wir im Ausschuss beschlossen haben, plus den Punkt zwei und dieser Punkt zwei beinhaltet die Berichterstattung an den Landtag betreffend dem Verhandlungsergebnis. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, Teile der FPS, wir zählen wieder nach Köpfen ab. 24 Stimmen dafür, neun Stimmen dagegen. Damit ist dieser Abänderungsantrag angenommen.

Eine **Protokollanmerkung:** Wir merken es an, dass bei der ersten Abstimmung zu Top 7.5 Kollege Brand nicht im Raum war und erst bei der zweiten Abstimmung anwesend war. Daher eine andere Abstimmungszahl, damit das klar ist. Danke.

Damit haben wir Top 7.5 erledigt. Ich rufe nunmehr auf Top

7.18 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der G-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 434 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Wir haben dieses Mal dem Wunsch entsprechend jedem Abgeordneten ein Blatt des Abstimmungsverhaltens vorgelegt und dadurch, glaube ich, ist eine Abstimmung erleichtert.

Ich rufe auf Top 7.18. Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordnete Fürhapter gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimme Team Stronach, Steiner-Wieser und FPÖ. Danke.

Ich rufe auf Top

7.19 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der L-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 435 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordnete Fürhapter gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen Team Stronach, FPÖ und Steiner-Wieser. Danke.

Damit rufe ich auf Top

7.20 **Bericht** des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend den Rechnungsabschluss 2015

(Nr. 436 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.21 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Riezler-Kainzner betreffend die Neuregelung der Finanzierung des Bereichs Inklusion für Menschen mit Behinderung, um ein Chancengleichheitsgesetz umsetzen zu können

(Nr. 437 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

in einem, denn beide Anträge wurden einstimmig im Ausschuss beschlossen. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Danke. Damit sind diese Anträge einstimmig erledigt worden.

Ich rufe auf Top

7.22 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA betreffend Bürokratieabbau in der Landesverwaltung

(Nr. 438 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne und Otto Konrad gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ, FPÖ, Team Stronach und Steiner-Wieser. Danke.

Damit rufe ich nunmehr auf

Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Es ist zu einigen Punkten, eigentlich nur zu einem Punkt, Debatte FPÖ angemeldet worden, nämlich zu 8.6. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen, Frau Präsidentin!)

... Danke vielmals. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

8.1 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 169-ANF der Beilagen) betreffend Strukturreform in der Landesamtsdirektion (Nr. 169-BEA der Beilagen)

8.2 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr (Nr. 170-ANF der Beilagen) betreffend die Aktivierung der Stieglbahn für den Personenverkehr (Nr. 170-BEA der Beilagen)

8.3 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 172-ANF der Beilagen) betreffend die Einreichung von Förderansuchen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) (Nr. 172-BEA der Beilagen)

8.4 **Anfrage** der Abg. Ing. Schnitzhofer und Jöbstl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 173-ANF der Beilagen) betreffend eine Zielgruppenerweiterung von Jugendzentren (Nr. 173-BEA der Beilagen)

8.5 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 174-ANF der Beilagen) betreffend Familien in Notsituationen (Nr. 174-BEA der Beilagen)

8.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 178-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat Mayr - betreffend Förderung für Elektroautos (Nr. 178-BEA der Beilagen)

8.7 **Anfrage** der Abg Klubobmann. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 179-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Langzeitarbeitslosigkeit in Salzburg (Nr. 179-BEA der Beilagen)

8.8 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung (Nr. 180-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2016 (Nr. 180-BEA der Beilagen)

8.9 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 181-ANF der Beilagen) betreffend das Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße (Nr. 181-BEA der Beilagen)

Ich rufe auf

Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Hier wurden keine Debattenbeiträge angemeldet. Damit haben wir auch diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. März 2016 betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches der Richtlinien im Wohnbau (Nr. 412 der Beilagen)

9.2 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. Dezember 2015 betreffend die Novelle des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes 2007 (Nr. 413 der Beilagen)

Ich rufe auf

Punkt 10: Beschluss über das Ende der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Wir haben eben noch den Beschluss über das Ende der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode zu fassen. Ich gehe davon aus, dass keine Gegenstimmen oder

Einwände erhoben werden. Damit ist die 4. Session geschlossen. Die nächsten Ausschussberatungen finden am 14. und 21. September statt.

Ich wünsche Euch allen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, einen schönen Sommer, auch erholsame Zeiten und ich freue mich, wenn wir uns sonnengebrannt, wohl erholt dann im Oktober wieder treffen. Ich schließe diese Sitzung nunmehr und berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 5. Oktober 2016 um 9:00 Uhr ein. Schönen Sommer! Danke.

(Ende der Sitzung: 16:50 Uhr)

- -

Dieses Protokoll wurde
am **5. Oktober 2016**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in:

